Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

192 (14.7.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis:
in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in uns. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 32.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 35.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 35.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 35.— monatlich.
Einzelverkauf Werktags 1.50 Sonntags 2.— Mk.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— M.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk.
Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse:
Geschäftsstelle Nr. 203.
Verlag Nr. 21 und 297.
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.
Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423.
Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 192. — Freitag, den 14. Juli 1922 — Erstes Blatt.

Eine Wendung der Erfüllungspolitik.

In dem Taumel der inneren Wirrnisse, in den Deutschland durch die Ermordung Rathenaus gestürzt worden ist, hat die deutsche Oeffentlichkeit den Blick für die Ereignisse im Auslande fast ganz verloren. Und doch haben sich im Ausland in derselben Zeit, in der Deutschland auf dem Wege der inneren Zerfleischung bedenklich große Fortschritte machte, die wichtigen Ereignisse vorbereitet, die jetzt durch die Vorgänge in der Reparationskommission in die Erscheinung treten. Sie hängen keineswegs ursächlich mit den wirtschaftlichen Depressionen zusammen, die der Ermordung Rathenaus gefolgt sind und die auch dem Ausland die größten wirtschaftlichen Besorgnisse eingeflößt haben. Es ist kein Geheimnis, daß unmittelbar vor dem Verbrechen, das an Dr. Rathenau begangen wurde, die deutsche Politik den entscheidenden Schritt zu einer Umkehr von der bisherigen Erfüllungspolitik tun wollte. Die Dinge standen damals so, daß nach der Vereitelung der Anleihe durch Frankreich Deutschland unter allen Umständen den Weg der Geldentwertung weitergehen und dadurch in immer größere Schwierigkeiten geraten müßte. Deshalb war es durchaus gerechtfertigt, aus dem Nichtzustandekommen der Anleihe, die ausdrücklich als Vorbedingung jeder weiteren Erfüllung gelten sollte, die unvermeidlichen Konsequenzen zu ziehen.

Die Entwicklung hätte also unfehlbar zu einer Auseinandersetzung mit der Reparationskommission führen müssen. Sie ist durch die Ermordung Rathenaus und die daran anknüpfende sprunghafte Entwertung der Mark dann wesentlich beschleunigt worden. Was für die deutsche Regierung vorher eine Konsequenz aus dem Scheitern der Anleiheverhandlungen war, das wurde jetzt zu einer Lebensnotwendigkeit und zu einer fast naturnotwendigen Forderung. Die deutsche Regierung konnte auch beim allerbesten Willen unter keinen Umständen die Barbeträge in Goldmark aufbringen, die zur Aufrechterhaltung der Ratenzahlungen notwendig waren. Der Verbindungsfaden mit den Pariser Anleiheverhandlungen trat dabei kaum noch hervor. Die Mark hatte durch ihre katastrophale Entwertung auf dem Auslandsmarkt fast schon jede Kaufkraft verloren, und wenn mitten in einer solchen rapiden Entwicklung die Devisenbeträge aus der deutschen Ausfuhr in der bisher üblichen Weise für Entschädigungszahlungen verwandt und dadurch dem Einkauf von Rohstoffen und Nahrungsmitteln entzogen würden, so wäre es ganz unmöglich, die deutsche Industrie und die Volksernährung noch weiter aufrecht zu erhalten. Das deutsche Gesuch um ein vollständiges Moratorium war also der Ausdruck des Notrufes: Unmöglich.

Für die deutsche Regierung handelt es sich dabei, wie gesagt, nur um eine Beschleunigung der Schritte, die sowieso nötig gewesen wären. Das Entscheidende der Entwickelung liegt darin, daß auf der Gegenseite endlich die Vernunft den Sieg davon zu tragen scheint. In der Reparationskommission, die bisher stets taube Ohren für jede Mahnung zur Mäßigung zeigte, ist der Bann endlich gebrochen. Das englische Mitglied hat den Antrag gestellt, die deutschen Barzahlungen auf mehrere Jahre ganz außer Kraft zu setzen und für die gleiche Dauer die Sachleistungen zu ermäßigen. Die völlige Stundung der Barzahlungen soll schon für die nächstfällige Zahlung am 15. Juli gelten. Alle Mitglieder der Reparationskommission haben diesem Antrag zugestimmt, nur der französische Delegierte Dubois, der zugleich Vorsitzender ist, hat widersprochen. Es hat aber durchaus den Anschein, daß diesmal an dem französischen Widerspruch der Sieg der Vernunft nicht scheitern wird.

Ob die wirtschaftliche Gesundung und damit die Rettung jetzt kommt, hängt bis zu einem gewissen Grade von den Kräften ab, die auf der Gegenseite noch einander widerstreiten. England hat durch diesen Antrag in der Reparationskommission bewiesen, daß es unbedingt gewillt ist, in erster Linie im eigenen Interesse, Deutschlands völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhüten. Denselben Weg wird wohl auch Amerika einschlagen, wenn es auch an den Entscheidungen der Reparationskommission nicht unmittelbar beteiligt ist. Bekanntlich hat die amerikanische Hochfinanz in dem Schlußbericht der Anleihekommission durch Morgan ein vernichtendes Urteil über die französische Reparationspolitik abgegeben. Sie hat damals der französischen Haßverblendung das Feld geräumt. Es ist aber kein Geheimnis, daß die Vereinigten Staaten und ihre Finanzmänner das damalige Ergebnis nicht als endgültig betrachten, sondern ebenso wie England auf eine gründliche Revision der Reparationsbestimmungen hinarbeiten. Amerika hat dabei Mittel finanzieller Art in der Hand, um diesem Wunsch auch Nachdruck zu verschaffen. Es scheint denn auch, daß Frankreich diesmal darauf verzichten wird, den Wirtschaftspolitikern der Entente das Spiel zu verderben. Eine Revision großen Stiles verbunden mit neuen Anleiheverhandlungen ist also von dieser Seite her im Anmarsch, wenn nicht alle Zeichen trügen. Aber die Gegenseite kann natürlich nicht alles tun. Deutschland muß auch von sich aus ganz bestimmte Voraussetzungen für die Durchführung wirtschaftlicher Gesundungspläne schaffen. Und dazu gehört in erster Linie ein festes innerpolitisches Gefüge, auf das sich die finanziellen Hilfsmaßnahmen stützen können. Dazu gehört ferner ein Verzicht auf die Verschiebung des politischen Gleichgewichtes nach links, durch die das Ausland abgeschreckt wird. Hoffentlich hat man im Reichstag noch in letzter Stunde Ohren für das, was heute das einzige Gebot der Stunde ist: Innere Sammlung und Befestigung.

Die neue innenpolitische Krise.

Der Vorstoß der Gewerkschaften.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

In dem Augenblick, in dem man es noch verhältnismäßig am wenigsten vermutet, ist plötzlich die neue innere Krise ausgebrochen. Die Sozialdemokratische Partei, die gestern mehr als einmal während der Einzelberatungen des Schutzgesetzes gegen ihr Brüder zur Linken und mit den bürgerlichen Parteien stimmte, erklärt plötzlich, die Freien Gewerkschaften seien unzufrieden mit der sogen. Verschlechterung des Gesetzes zum Schutze der Republik und die beiden sozialistischen Parteien seien angesichts der bevorstehenden Schlußabstimmung einig in dieser Kritik an der entstehenden Endform des Gesetzes. Die Forderung nach Eintritt der Unabhängigen in die Regierung wird erneut erwogen; die innenpolitische Geschichte des Jahres ist wieder um eine Woche zurückgeworfen.

Zwei Tage lang hat die Sozialdemokratie die Feststellung, daß am Montag der Umschwung in ihrer Haltung zugunsten des Verzichts auf die Erzwingung der Regierungserweiterung nach links eingetreten sei, unwidersprochen gelassen und dadurch ihre Richtigkeit anerkannt. Noch Mittwoch hat ein sozialistisch informiertes Nachrichtenorgan bestätigend mitgeteilt, daß jener Umschwung in der Haltung der Sozialdemokratie, die bis zum Montag blind auf Krise und Reichstagsauflösung losarbeitete, auf das Eingreifen des Reichspräsidenten zurückzuführen sei, und daß in einem Teil der Sozialdemokratischen Partei und in der ganzen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei darob die Empörung gegen Ebert groß gewesen sei. Es läßt sich also nicht aus der Welt dementieren, daß die Reichstagsfraktion der S.P.D. am Mittwoch abend den entgegengesetzten Standpunkt ihrer Montagmeinung dargetan hat. Sie begründet das mit der Art der Behandlung, die das Gesetz zum Schutze der Republik durch die Mehrheit bis jetzt erfahren hat. Diese Motivierung griff aber nicht ins Schwarze, denn, wo sich bei den Einzelberatungen im Reichstag der Widerspruch der Sozialdemokratie regte, war er zurückhaltend, trocken und schwach. Wäre es ihnen um das Ganze gegangen, wie es die vorgestrige Mitteilung des sozialistischen Parlamentsdienstes glauben machen möchte, so wäre etwas mehr Temperament entwickelt worden. Es besteht kaum ein Zweifel, daß die Freien Gewerkschaften, die in jener offiziösen Mitteilung nebenbei erwähnt werden, gestern die entscheidende Rolle gespielt haben. Diejenige Rolle, wie sie in der vorigen Woche bei dem erstmals am Montag eingestellten Versuch diente, durch den Eintritt der U.S.P. das Schwergewicht der Regierung nach links zu verlegen. Diese Rolle, die die Nachgiebigkeit der Sozialdemokratischen Partei die Gewerkschaften spielen läßt, steht im Widerspruch zur Demokratie und zum Parlamentarismus. Sie gesteht einer beliebigen Organisation einen maßgebenden Einfluß auf die Bestimmungen der Geschicke des ganzen Volkes, sie degradiert den Reichstag und seine Parteien.

Das Bürgertum muß entschiedensten Protest gegen den Versuch erheben, die Ermordung des Demokraten Rathenau dazu zu benützen, die schon so oft erstrebte Nebenregierung der Gewerkschaften jetzt einzurichten und zu verewigen. Die Nachgiebigkeit der Reichsregierung einem Verlangen gegenüber, das in dieser Form und von dieser Seite gestellt wird, würde das Zeichen zu einer katastrophalen Neubelebung des Klassenkampfes, der dem Bürgertum von einer Handvoll Gewerkschaftsführer aufgezwungen wird.

b. **Berlin**, 13. Juli. (Eig. Drahtber.) Während am Mittwoch abend noch über den Vorstoß der Gewerkschaften und über die Nachgiebigkeit der SPD. ihnen gegenüber in den bürgerlichen Parteien und Empörung herrschte, hat im Laufe des Donnerstags diese Erregung allmählich einer ruhigeren Beurteilung Platz gemacht. Zunächst hofft man, daß die Einmütigkeit, mit der die bürgerlichen Regierungsparteien jedem Eingriff der Gewerkschaften entgegentreten, nicht ohne Eindruck bei den beiden sozialistischen Parteien bleiben wird. Ferner glaubt man aus der Tatsache, daß der Reichspräsident Ebert trotz der Bitte des Reichskanzlers seine Kur nicht unterbricht, sondern Berlin fernbleibt, schließen zu können, daß Ebert seinen Einfluß auf seine Partei und auf die Gewerkschaften für stark genug hält, um auch dieses Mal aus der Ferne die Situation meistern und die Krise überwinden zu können. Der Reichspräsident hat heute eine lange telefonische Unterredung mit dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der SPD. dem Abgeordneten Müller-Franken gehabt. Es bleibt abzuwarten, in welcher Weise sich das Eingreifen des Reichspräsidenten auswirken wird.

Es ist auffallend, daß heute Abend gerade diejenigen sozialistischen Nachrichtenorgane, die bis gestern noch am eifrigsten die Krise schürten und das Gespenst der Reichstagsauflösung beschworen, die Meinung vertreten, daß die allgemeine Abneigung der Partei gegen die Auflösung wohl siegreich bleiben würde und zur Lösung der gegenwärtigen Krise führen wird.

b. **Berlin**, 13. Juli. (Eig. Drahtber.) Das Auswärtige Amt hat mit Rücksicht auf die umlaufende Drohung mit Reichstagsauflösung und Neuwahlen eine Umfrage an seine Vertreter in den wichtigsten ausländischen Staaten gerichtet, wie sie nach einer Kenntnis der dortigen Meinung und Volksstimmung eine etwaige Reichstagsauflösung beurteilen würde. So weit bis jetzt Antworten vorliegen, lauten sie einstimmig dahin, daß eine Reichstagsauflösung die allerbedenklichsten Rückwirkungen auf das Ausland haben würden.

Zahlung der Julirate gefordert?

t. **Paris**, 13. Juli. (Drahtber.) **Nach einer Havasmeldung wird die Reparationskommission voraussichtlich von Deutschland die Zahlung der Samstag, den 15. Juli fälligen Rate von 32 Millionen Goldmark verlangen. Die Entscheidung über ein Moratorium für die weiteren Zahlungen 1922/24 wird die Reparationskommission erst nach der Aeußerung des Garantiekomitees, spätestens aber bis 15. August treffen.**

t. **Basel**, 13. Juli. Der Pariser Mitarbeiter der „Baseler Nachrichten" sagt über die Stellungnahme der Reparationskommission gegenüber den am Samstag fälligen 32 Millionen Goldmark, Frankreich und Belgien würden gegen das Moratorium stimmen. Sie könnten nur überstimmt werden, wenn sich der japanische Vertreter auf die Gegenseite schlägt. Nach der bisherigen Haltung des japanischen Vertreters in der Reparationskommission ist aber anzunehmen, daß er sich der Stimmabgabe enthalten wird. Damit käme es aber zu Stimmengleichheit in der Frage der Stundung der 32 Millionen Goldmark, die am 15. Juli fällig sind. Wichtiger als das ist die Frage des großen Moratoriums für die Barzahlungen der nächsten Jahre. Damit ist das ganze Reparationsproblem aufgerollt. Die wichtigsten Vorgänge werden sich dann nicht innerhalb der Reparationskommission, sondern zwischen den Regierungen abspielen. Man weiß, daß ein reger Meinungsaustausch zwischen London und Paris über diese Frage besteht. Als sicher kann angenommen werden, daß Poincaré sich wieder nach London begeben wird. Dort will Poincaré für die Einwilligung zu einem langfristigen Moratorium für Deutschland die Bedingung stellen, daß die Alliierten von Frankreich keine Bezahlung seiner Schulden erwarten können, als das Moratorium für Deutschland dauert und daß eine strenge Kontrolle der deutschen Finanzen ausgeübt wird.

Die Lasten der Kommissionen.

Berlin, 13. Juli. (Drahtber.) Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, werden infolge der steigenden Teuerung Gehaltserhöhungen für die Mitglieder der interalliierten Militärkontrollkommission für Juni und Juli bezahlt und zwar erhalten der Vorsitzende General 103 800 Mark, sonstige Generäle, Obersten und Oberstleutnants 76 475 Mark, Majore 54 625 Mark, Hauptleute Leutnants und Unterleutnants 46 425 Mark, Unteroffiziere 25 250 Mark, Gemeine 15 300 Mark. Außerdem beziehen sie das Gehalt ihres Landes.

Die Waffenfunde in Kiel.

Kiel, 13. Juli. (Drahtber.) Zu dem Waffenfund im Marinearsenal geht uns folgender amtlicher Bericht der Ostseestation zu: In dem Arsenal Kiel der Waffenlagerstelle für die Marine im Ostseebereich wurden vom 8. bis 10. Juli von der Ententekommission etwa 250 Maschinengewehre gefunden. Sämtliche Maschinengewehre sind nicht in gebrauchsfähigem Zustande, da zum größten Teil die Schlösser und auch andere Teile fehlen. Außerdem sind die meisten Maschinengewehre verrostet. Ferner wurden im weiteren Verlauf der Revision etwa 600 Gewehre gefunden, dafür die Entente pflichtgemäß festgelegt sind. Sowohl das Stations- als auch das Arsenalpersonal ist von diesen Funden überrascht worden. Es wurde sofort Untersuchung angeordnet, die zur Zeit noch nicht abgeschlossen ist. Die Meldung von der Auffindung von Munitionsbeständen entspricht nicht den Tatsachen, da in dem Arsenal überhaupt gar keine Munition lagerte.

Deutscher Reichstag

(250. Sitzung.)

t. **Berlin**, 13. Juli. Am Regierungstisch Reichsjustizminister Dr. Radbruch.

Die Interpellation **Hergt** (D.N.) über die Straßenkundgebungen und Stillegung der Verkehrsmittel im Reich am 14. Juni 1922 soll innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Zur Beratung steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Ermächtigung zu Zollerhöhungen, durch die der Reichsregierung die Möglichkeit gegeben wird, die Eingangszölle im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses zu erhöhen, zollpflichtige und zollfreie Waren mit Eingangszöllen zu belegen. Der Ausschuß verlangt neben der Mitwirkung des Reichsrates auch die des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages. Die Vorlage wird auf Antrag des Abg. Dr. Gildemeister (D. Vp.) mit der Abänderung angenommen, daß statt des Volkswirtschaftlichen Ausschusses ein besonderer Reichstagsausschuß von 28 Mitgliedern mitwirken soll.

Es folgt die Beratung des von den Abgg. **Müller-Franken** (Soz.), **Marx** (Ztr.) und **Erkelenz** (Dem.) eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes über die Abänderung der Reichsversicherungsordnung, durch die gewisse Erleichterungen bei der Geltendmachung von Ansprüchen gewährt werden soll.

Abg. **Hoch** (Soz.) bittet, auch eine Festlegung zu treffen, wonach das Mitwirkungsrecht der Arbeiter bei den Betriebskrankenkassen gesichert wird. — Die Abgg. Lambach (D.N.), Dr. Moldenhauer (D. Vp.), Dr. Fink (Dem.) und Andre (Ztr.) bitten, diese Materie erst im Herbst bei der allgemeinen Regelung der Frage zu behandeln.

Der sozialistische Antrag wird abgelehnt und die Vorlage angenommen. Angenommen wird ferner ein Gesetzentwurf zur Ausführung des Staatsvertrags über den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich.

Die Amnestievorlage.

Der dann zur Beratung stehende Entwurf eines Gesetzes über die Straffreiheit für politische Straftaten sieht die Amnestie für hochverräterische Vergehen gegen das Reich vor, soweit diese im Jahre 1920 nach dem 4. August und im Jahre 1921 begangen worden sind. Ausgenommen sind Straftaten, die sich in das Jahr 1922 fortgesetzt haben. Den von Sondergerichten im Jahre 1921 verurteilten Personen soll dann Straffreiheit gewährt werden, sofern die mit hochverräterischen Unternehmungen gegen das Reich im Zusammenhang stehenden Handlungen nicht lediglich auf Eigennutz und anderen nichtpolitischen Beweggründen beruhen. Von der Amnestie ausgeschlossen sind die qualifizierten Fälle (Tötung, schwere Körperverletzung, schwerer Raub, Brandstiftung, vorsätzliche Eisenbahntransportgefährdung, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz). Die sozialistische Forderung, die Amnestie auch auf den Eisenbahnerstreik auszudehnen, lehnte der Ausschuß ab, dagegen nahm er eine Entschließung an, in der die Eisenbahnverwaltung aufgefordert wird, bei der Disziplinierung Milde walten zu lassen.

Abg. Dr. **Schmidt-Meißen** (Soz.) hält die Vorlage nicht für ausreichend. Die Amnestie müsse auf alle politischen Straftaten ausgedehnt werden. Von Bayern sei auch diesmal kein Entgegenkommen zu erhoffen. Deshalb müsse das Reich eingreifen. Die Amnestierung müsse auch auf die Münchner Rätezeit ausgedehnt werden. Während in Niederschönefeld die Gefangenen die schimpflichste Behandlung erdulden müssen, lebe Graf Arco, der Eisner-Mörder, auf seinem Gut zur Erlernung der Landwirtschaft. (Hört! Hört! links.) Ernst Toller habe nicht einen einzigen Tag Urlaub. Für Kappisten dürfe die Amnestie nicht gelten, ebensowenig für politische Verbrecher, die sozialistische Bestrebungen verfolgten.

Reichsjustizminister **Radbruch** hält es für notwendig, in dieser Situation einen Meilenstein der Revolution zu setzen. Wie das Gesetz zum Schutz der Republik den Vergiftungsprozeß des Volkskörpers aufhalten wolle, so sei das Gesetz über die Straffreiheit für politische Straftaten die Antwort auf einen Sanierungsprozeß, der sich im Volkskörper vollzogen habe. Dieser Prozeß müsse zum Abschluß gebracht werden. Der sozialistische Antrag, der die Möglichkeit der Niederschlagung durch den Reichspräsident behandle, sei annehmbar.

Reichsverkehrsminister **Groener** spricht sich gegen die Einbeziehung der Eisenbahner aus, da es sich um keinen politischen, sondern um einen wirtschaftlichen Streik gehandelt habe. Er werde äußerste Milde walten lassen, wo sie geboten erscheint.

Abg. Dr. **Bell** (Ztr.) erklärt, wir stehen auf dem Boden der Regierungsvorlage. Wir wollen der äußerst gespannten Gesamtlage dadurch Rechnung tragen, daß wir die Straffreiheit für politische Straftaten in der durch die Regie-

rungsvorlage angemessen gezogenen Grenze gewähren wollen. Ein allgemeine Amnestie darüber hinaus lehnen wir ab. Das gilt namentlich auch von der beantragten Amnestie aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks, der doch mit dem Schutz der Republik in keinem Zusammenhang steht. Wir haben die Erklärung des Reichsverkehrsministers gehört und schenken ihm Vertrauen.

Abg. **Leuthäuser** (D. Vp.) lehnt das Gesetz ab.

Abg. **Barth**-Chemnitz (D.N.) lehnt die Amnestierung hochverräterischer Unternehmungen überhaupt ab. Die Amnestie ist die unglücklichste Errungenschaft der Revolution, sie ertötete das Rechtsempfinden.

Abg. **Schücking** (Dem.) tritt für die Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen ein. Diese Amnestie müsse aber der letzte Meilenstein der Revolution sein, sonst treibe man der Anarchie zu. Der Beamtenstaat müsse als besondere staatsrechtliche Organisation erhalten werden. Deshalb müsse jeder Beamtenstreik gesühnt werden. Nach dem Willen gewerkschaftlicher Organisationen dürfe und könne sich das Parlament nicht richten. (Widerspruch links.) Das Schicksal von 70 Millionen Menschen dürfe nicht von einer Genossenschaft von wenigen Millionen Mitgliedern abhängig gemacht werden.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U.S.) sieht nur in der Amnestie die Wiederkehr der Rechtssicherheit.

Abg. **Leicht** (Bayr. Vp.) (von der Linken mit Unruhe empfangen): Hoffentlich erblicken Sie in meiner Zugehörigkeit zu Bayern nicht schon eine Provokation. (Zuruf des Abg. Ledebour (U.S.): „Sie sind ein mildernder Umstand". — Erneute Heiterkeit.) Eine allgemeine Amnestie ist besonders bedenklich, wenn dadurch in die Justizhoheit der Länder eingegriffen wird. In Berlin heißt es, es könne jeden Tag in Bayern losgehen. In München heißt es, die Gewerkschaften in Berlin machen mobil. Jeden Tag könne es dort losgehen. (Heiterkeit.) Wozu diese Verschärfung?

Abg. **Höllein** (Komm.) nennt die Amnestie ein Gebot der Menschlichkeit.

Damit schließt die Aussprache. — Die Vorlage wird unverändert nach den Ausschußbeschlüssen in zweiter Lesung angenommen, ebenso die Entschließung, die eine milde Handhabung der Disziplinargewalt gegenüber den im Eisenbahnerstreik beteiligten Beamten verlangt. — Es folgt die dritte Lesung des Arbeitsnachweisgesetzes. Beschlossen wird, daß die gewerbsmäßige Stellenvermittlung vom 1. Januar 1931 ab für verboten gilt. Mit diesem Zeitpunkt erlischt die erteilte Erlaubnis zum Gewerbebetrieb eines Stellenvermittlers. Denjenigen Stellenvermittlern, die zu dieser Zeit mindestens seit dem 2. Juni 1910 auf Grund behördlicher Erlaubnis ausüben, ist eine angemessene Entschädigung zu gewähren, deren Höhe durch ein besonderes Gesetz bestimmt wird. Das Gesetz wird im übrigen im wesentlichen unverändert angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Freitag nachmittag 3 Uhr.

Tagesordnung: Nationalfeiertag. Notlage der Presse. Disziplinargesetz für die Wehrmacht. Verordnung gegen Preistreibereien.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Die neue innenpolitische Lage.

Eine sozialistische Entschließung.

Berlin, 13. Juli. Die beiden sozialistischen Parteien des Reichstages haben gestern abend nach einer Beratung mit den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afabundes folgende Entschließung gefaßt:

„Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes, der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei traten am Mittwoch nachmittag im Reichstag zu neuen Beratungen zusammen, in denen die gesamte politische Lage einer eingehenden Aussprache unterzogen wurde. Angesichts der bisher unzureichenden Ausgestaltung der republikanischen Schutzgesetzgebung wurden starke Bedenken geltend gemacht, ob die sozialistischen Parteien bei den Schlußabstimmungen für die vorliegenden Entwürfe würden stimmen können. Durch das Scheitern der Vorlagen würde aber die Reichstagsauflösung unvermeidlich sein.

Von den Vertretern der Sozialdemokratie wurde erklärt, daß ihre Partei niemals daran gedacht habe, ihre Forderung nach Prüfung einer entschieden republikanischen Mehrheit durch Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zurückzustellen. Diese Forderung bestehe nach wie vor."

Das Verlangen der Gewerkschaften, die Unabhängigen in die Koalition einzubeziehen, hat außerordentlich überrascht. Zentrum und Demokraten sehen, wie das „Berl. Tageblatt" sagt, darin einen unerträglichen Druck außerparlamentarischer Faktoren auf den Reichstag. Diesem Drucke könne unter keinen Umständen nachgegeben werden, da sonst die politischen Konsequenzen unabsehbar wären. Das Ausland würde eine Auflösung des Reichstages gegenwärtig geradezu für verhängnisvoll erachten.

Auch die „Vossische Zeitung" will bestimmt wissen, daß Zentrum und Demokraten auf dem Standpunkt, bei einer einseitigen Erweiterung der Koalition nach links nicht mitzumachen, beharren werde, auch auf die Gefahr einer Auflösung hin. Von dem Eingreifen des Reichspräsidenten erwartet man eine Lösung der Krise, durch die Neuwahlen verhütet werden.

Der „Vorwärts" will das Wort von einem Vorstoß der Gewerkschaften oder gar von einer unzulässigen Einmischung nicht gelten lassen. Die Gewerkschaften hätten ein lebhaftes Interesse daran, die in ihnen am stärksten vertretenen politischen Parteien auf eine gemeinsame Linie zu bringen und hätten in diesem Sinne lediglich eine vermittelnde Tätigkeit unternommen, die von den beiden sozialistischen Parteien dankbar angenommen worden sei. Schwerste Schädigungen des Volksganzen lassen sich nach der Meinung des Blattes nur dann vermeiden, wenn die republikanische Schutzgesetzgebung eine für die beiden sozialdemokratischen Parteien annehmbare Gestalt gewinne und wenn ihre entschlossene Durchführung durch eine nach links erweiterte republikanische Regierung garantiert werde, andernfalls werde nichts anderes übrig bleiben, als die Reichstagsauflösung.

Deutsches Reich

Die neuen Eisenbahnfahrpreise.

t. **Berlin**, 13. Juli. Die auf Grund der neuen notwendig gewordenen Erhöhung der Eisenbahntarife vom 1. Oktober ab betragenden Einheitssätze belaufen sich für den Kilometer in der 4. Klasse auf 45 ₰, in der 3. Klasse auf 67,5 ₰, in der 2. Klasse auf 112,5 ₰ und in der 1. Klasse auf 202,5 ₰. Die Schnellzugszuschläge werden betragen für die 1. Zone (1—75 Km.) in der 3. Klasse 15 ℳ, in der 1. und 2. Klasse 30 ℳ, für die 2. Zone (76—150 Km.) in der 3. Klasse 30 ℳ, in der 1. und 2. Klasse 45 ℳ, in der 3. Zone (über 150 Km.) in der 3. Klasse 45 ℳ, in der 1. und 2. Klasse 90 ℳ.

Auch auf die Zeitkarten erstreckt sich die Erhöhung der Fahrpreise um 50 Prozent. Der jetzige Preis für Bett- und Platzkarten bleibt mit Rücksicht auf die vor kurzem erfolgte Erhöhung zunächst bestehen. Der Preis der Hundefahrkarten beträgt künftig die Hälfte des Fahrpreises 3. Klasse. Eine Bahnsteigkarte wird 1,50 ℳ kosten. Auch der Gepäcktarif muß zum 1. Oktober erhöht werden, und zwar ist eine Erhöhung von 10 ₰ für 10 Kg. und 10 Km. in Aussicht genommen. Die Mindestfracht für Gepäck wird von 5 ℳ auf 10 ℳ heraufgesetzt.

Ermäßigungen bei der Einkommensteuer.

t. **Berlin**, 13. Juli. Der Steuerausschuß des Reichstags erledigte heute in zweiter Lesung die Novelle zum Einkommensteuergesetz. Angenommen wurden verschiedene Anträge, so ein Antrag Helfferich (D.N.), nach dem neben den laufenden auch die einmaligen Bezüge, soweit sie 10 Prozent des steuerbaren Einkommens nicht übersteigen, abzugsfähig bleiben sollen. Ein Antrag Dr. Hertz (U.S.), wonach Militäraltersrentner überhaupt steuerfrei sein sollen, auch wenn sie 3000 ℳ übersteigen, während bisher dieser Betrag die Abzugsgrenze bildete, ein Antrag Hergt (D.N.) auf Freilassung der bei Sparkassen usw. nach Art der Lebensversicherung hinterlegten Gelder bis zum Höchstbetrage von 8000 ℳ wurden angenommen. Der Tarif wurde unverändert in zweiter Lesung angenommen. Schließlich wurde ein Antrag zugunsten der Kleinrentner und Kleinkapitalisten genehmigt, wonach Einkommen bis zu 20 000 ℳ einkommensteuerfrei bleiben sollen. Vom steuerpflichtigen Einkommen dürfen in Zukunft 10 800 Mark statt 5400 Mark wie bisher abgezogen werden.

Zweite Lesung des Erbschaftssteuergesetzes im Ausschuß.

t. **Berlin**, 13. Juli. Der Steuerausschuß des Reichstages erledigte gestern die 2. Lesung des Erbschaftssteuergesetzes. Angenommen wurde ein Antrag, daß die Zuschläge von 10 % für je angefangene 200 000 ℳ (bisher 100 000 ℳ) erst bei einem Vermögen von 2 Millionen (bisher 1 Millionen) erhoben werden sollen.

Die Aenderung des Reichsbeamtengesetzes.

Berlin, 13. Juli. Der Rechtsausschuß des Reichstags nahm bei der Weiterberatung des Beamtengesetzes den Text der Regierungsvorlage über die Zusammensetzung der Disziplinarkammer an. Die Artikel 2 bis 6 wurden ebenfalls im übrigen unverändert angenommen. Eine Entschließung der Sozialdemokraten und Unabhängigen, wonach die Personalreferate in allen Zweigen der Reichsverwaltung nur solchen Beamten übertragen werden sollen, die sachkundig und unbedingt zuverlässige Republikaner sind, fand Zustimmung.

Aenderung des Ehescheidungsrechts.

Berlin, 12. Juli. Die demokratische Fraktion des Reichstags, hat den Entwurf eines Gesetzes über eine Aenderung der Vorschriften betreffend Ehescheidungen beantragt. Der § 1560 des B.G.B. soll danach folgende Fassung erhalten: Ein Ehepaar kann auf Scheidung klagen, wenn eine zu tiefe Zerrüttung des Eheverhältnisses besteht, so daß keine begründete Aussicht auf Herstellung einer dem Wesen der Ehe entsprechenden Gemeinschaft vorhanden ist.

Ein neues Abzeichen für die Reichswehr.

t. **Berlin**, 12. Juli. Auf Anregung mehrerer Landesregierungen hat sich das Reichswehrministerium damit einverstanden erklärt, daß neuerdings auch auf dem Stahlhelm des Reichsheeres ein landsmannschaftliches Abzeichen getragen wird. Es besteht aus einem kleinen, an der linken Seite des Stahlhelms aufgemalten Wappenschild in den Farben des betreffenden Landes.

Einheitsfront des Mittelstandes.

Weimar, 13. Juli. Die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes und der Bayerische Bauernbund haben sich vereinigt. Ihre Fraktionen werden künftig den Namen Wirtschaftspartei führen. Einige andere Mittelstandsorganisationen haben sich den obengenannten angeschlossen zwecks Aufrichtung einer mittelständischen Einheitsfront.

Die Teuerung in Berlin.

Berlin, 13. Juli. Der Magistrat Berlin veröffentlicht folgendes:

Die in jüngster Zeit unaufhaltsame und sprunghafte Steigerung der Preise für alle notwendigen Lebensmittel haben dem Magistrat Veranlassung gegeben, nachstehendes Schreiben an das preußische Staatsministerium zu richten:

Der Magistrat sieht mit ernstester Besorgnis der weiteren Entwicklung der Ernährungslage entgegen, da angesichts der zunehmenden Markentwertung der Zeitpunkt nicht mehr fern zu sein scheint, an dem die große Masse der Bevölkerung die Preise für ausländische Lebensmittel nicht mehr bezahlen kann. Dadurch würde die Ernährung der Einwohnerschaft Berlins, der selbst die notwendigsten Lebensmittel durch die hohen und immer noch steigenden Frachtkosten besonders verteuert werden, aufs äußerste gefährdet. Wir richten daher an die Staatsregierung das dringende Ersuchen, unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die landwirtschaftliche Produktion im Inlande und namentlich in der Nähe der großen Städte zu vermehren.

*

Zur Illustration des Mahnrufs des Magistrats, daß die Ernährung der Berliner Bevölkerung bedroht sei, mögen folgende heutige Markthallenpreise dienen: ein Ei im Kleinhandel 7,70 bis 8 ℳ, grüne Bohnen pro Zentner 1400 bis 1600 ℳ, das Pfund kostet beim Kleinhändler etwa 21 ℳ, Mohrrüben das Schockbund 10 bis 18 ℳ, Kohlrabi das Schock 40 bis 60 ℳ, Gurken (Holländer) 10,50 ℳ das Stück, Ladenpreis 17 bis 18 ℳ, süße Kirschen (Werdersche) 12 ℳ.

Zeitungsverbot.

Hirschberg, 13. Juli. Wegen Verächtlichmachung des Reichskanzlers ist das Erscheinen der deutschnationalen „Schlesischen Gebirgszeitung" vom Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien auf 12 Tage verboten worden.

Die Massenkündigungen im Ruhrrevier.

Von bestinformierter Seite wird uns aus dem Ruhrgebiet geschrieben: Der sozialistische Alte Bergarbeiterverband fordert bekanntlich in Gemeinschaft mit anderen freien Gewerkschaften zu einer Massenkündigung im Ruhrkohlenbergbau auf. Fern stehen dem Aufruf die christlichen, die polnischen und wirtschaftsfriedlichen Organisationen, sowie die Unionisten. Der Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter hat einen Gegenaufruf erlassen, worin der Streik abgelehnt wird. Es wird darin vor allem auf weitere Verhandlungsmöglichkeiten hingewiesen und u. a. wörtlich gesagt:

„Ein Streik im Bergbau ist ohne Erschöpfung aller friedlichen Mittel unverantwortlich. Er wird unserem Wirtschaftsleben einen gewaltigen Stoß versetzen. Auch wird durch einen Streik die Gefahr einer Besetzung durch die Ententetruppen heraufbeschworen. Der Streik ist ferner eine große Gefahr für den Bestand des demokratischen Volksstaates und wird für die Putschisten von rechts und links den sehnsüchtig erwarteten Bürgerkrieg zur Folge haben."

Nach den Ergebnissen der letzten Betriebsrätewahlen ist damit zu rechnen, daß wohl die Hälfte der Parole zur Massenkündigung folgen wird. Sachlich besteht zu der Massenkündigung schon deswegen kein Grund, weil tatsächlich noch Verhandlungsmöglichkeiten bestehen. Die Hauptrolle spielt unter den Streitpunkten die „Beseitigung des unter den Streitpunkten die „Beseitigung des veralteten Gedinge-Systems". Bisher wurde als Mindestlohn für die Hauer, die im „Gedinge" genannten Akkord arbeiteten, ¾ des Hauerdurchschnittslohnes gezahlt. Dagegen verlangt jetzt der Alte Bergarbeiterverband als Mindestlohn den höchsten Schichtlohn der im Zeitlohn Beschäftigten zuzüglich 10 Proz. Die Erfüllung dieser Forderung wäre gleichbedeutend mit Aufhebung der Akkordarbeit im Bergbau mit starker Lohnerhöhung. Großer Leistungsrückgang und Kohlenpreiserhöhungen wären die Folge.

Eine andere Forderung betrifft die Deputatkohle. Bisher wurden dem Bergarbeiter 120 Zentner Deputatkohle zum Preise von sage und schreibe 50 Pfennigen der Zentner geliefert. In der Vorkriegszeit wurde meist nur die Hälfte (und noch weniger) dieses Quantums beansprucht, jetzt aber durchweg die volle Menge. Dies läßt schließen, daß entweder mit der spottbilligen Kohle Verschwendung getrieben wird — in der Zeit größter Kohlennot! — oder daß verbotener Weise mit der Kohle Handel getrieben wird. Auch der Reichsarbeitsminister stellte sich daher auf den Standpunkt, daß die jetzige Belieferung mit Deputatkohle volkswirtschaftlich unsinnig ist. Es wurde daher vorgeschlagen, die Liefermenge nach der Familiengröße und dem Bedürfnis abzustufen.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Zahlung der sogenannten sozialen Zulage für Krankheitsfälle. Schon jetzt ist das Krankengeld im Bergbau sehr hoch. Kämen noch soziale Zulagen

Kleidernarren.

Vor wenigen Jahren hatten die Verwandten eines Herrn Szelnicki bei einem Wiener Gerichtshof beantragt, den Mann für unzurechnungsfähig zu erklären, weil er sich so mrkwürdig kleidete. Die Verhandlung ergab, daß er sich auf seinem Gute wie eine Schildkröte kleidete. Er trug nämlich einen Lederanzug mit großen Schildern in genauer Nachahmung des Panzers einer Schildkröte. Ein früherer Elektrotechniker in Madrid, namens Linares, kleidete seine Bedienten so, daß jeder eine besondere Blume darstellte. Die Gewänder sind mit Rosen, Lilien, Veilchen usw. bestickt und er selbst trägt mit Nelken verzierte Kleider. Diese Fälle von Kleidernarrheit sind keineswegs vereinzelt, sondern haben noch mancherlei Parallelen in anderen Ländern. Die „Deutsche Zeitung für Chile" gibt hierfür einige weitere Beispiele.

In Athen gibt es eine Gesellschaft, deren Mitglieder in altgriechischen Gewändern gehen und Sandalen tragen. Vor einigen Jahren wurde eine solche Gesellschaft auch in Rom gegründet aber Regengüsse und scharfe Nordwinde machten ihr bald den Garaus. Lange Zeit gehörte zu den merkwürdigsten Originalen des Montmartre in Paris ein Geizhals namens Pere Greville, der allgemein für ein Millionär gehalten wurde. Er kleidete sich stets in buntfarbigen Kattun, wie man ihn für Blusen braucht. Auf dem Jackett trug er wenigstens sechs Taschen, aus denen Pakete, von schmutzigsten Papieren umhüllt, hervorragten. Greville trug nie einen Hut, sondern hielt bei jedem Wetter einen Schirm über seinen Kopf.

Bei dem Bankerott eines ungarischen Magnaten namens Mezenyi kam zu Tage, daß er in vier Jahren 1 440 000 Mark (Goldmark!) für seine Kleider ausgegeben hatte. Ein Probeanzug wurde vor Gericht gezeigt. Alle Knöpfe waren mit Diamanten besetzt, in eine Manschette war eine Uhr eingenäht. Die Säume waren durch Perlschnüre verdeckt. Im Hause trug Mezenyi ein paar gläserne Schuhe, da er sehr stolz auf seine Füße war. Kleider, deren Innenseite auch nach außen getragen werden kann, waren die seltsame Liebhaberei des Russen Siewersky. Er brauchte Jahre, um diese Erfindung zu vollenden. Im Winter betrat er z. B. das Haus eines Freundes mit einem Biberpelz und verließ es mit einem Renntierpelz. Seine Westen waren alle doppelseitig und er rühmte sich, in demselben Anzug einer Hochzeit und einem Begräbnis beiwohnen zu können. Der reiche Neapolitaner Signor Graglia hatte eine Vorliebe für Spiegel. Alle Knöpfe seines Anzuges waren aus Spiegelglas und Medaillons aus Spiegelglas verzierten seine Sachen. Wenn er im Sonnenschein ausging, blendete er alle bei seinem Erscheinen.

Ein Signor Cartese läßt alle seine Kleidungsstücke, auch sein Unterzeug, aus Holzfasergewebe machen und seit Jahren bemüht er sich, ein billiges Tuch aus Holzfaser auf den Markt zu bringen. Vor einigen Jahren sprach ganz Budapest von dem jungen Zuckerhändler Otto Hanau, dessen Anzüge sich den Tapeten aller seiner Zimmer des Hauses anpaßten. Sein Schlafrock war mit großen Sonnenblumen verziert wie sein Ankleidezimmer. Die orientalischen Muster seines Smokings stimmten mit der orientalischen Ausstattung seines Rauchzimmers überein und er besaß zahlreiche Anzüge in weiß, gold, rosa und rot. Als er vor Gericht gefragt wurde, ob denn auch die Pantoffeln zu den Teppichen seines Zimmers paßten, antwortete er: „Nein, das habe ich vergessen, aber ich danke Euer Gnaden für diesen Wink!" An Seltsamkeit werden aber wohl alle Kleiderstücke von dem Ueberzieher des Warschauers Gratz übertroffen. Aeußerlich sieht er wie andere Ueberzieher aus. Sein Futter aber ist zusammengeflickt aus Stücken von Napoleons I. Militärmantel, einem Halstuch Lord Palmerston, Moltkes Bettdecke, die er im Kriege 1870/71 brauchte und aus anderen Reliquien berühmter Toten.

Theater und Musik

Münchener Konzertsommer: Münchener Konzertsommer!? Der geneigte Leser braucht keinen mutwilligen Seitensprung des Druckfehlerteufels befürchten — München hat heuer wirklich seinen richtiggehenden Konzertsommer. Das heißt mit anderen Worten, daß diesmal der Konzertwinter überhaupt nicht gar geworden und allmählich in einen Konzertsommer übergegangen ist, in dessen Mittelpunkt die zahlreichen Veranstaltungen des Deutschen Chor- und Kammermusikfestes stehen. Mit Haydns „Schöpfung" eröffnet, fortgesetzt mit einem schönen Abend Brahmsischer a capella-Chöre ist man jetzt zur Pflege Münchener Komponisten übergegangen, denen ein Abend in dem stimmungsvollen Konzertsaal der Residenz gewidmet war. Desiré Thomassin ließ sich mit einem thematisch sicheren Streichquintett vernehmen, das im allgemeinen klassischen Geist atmet, wogegen August Reuß mit einem mehr romantisch-individualistisch angehauchten Klaviertrio aufwartete. Die köstlichste Gabe steuerte Walter Courvoisier mit einer Auswahl aus seinen „geistlichsten Liedern", Op. 27, bei, Schöpfungen voll innerlichster lyrischer Beseelung, die Anna Erler-Schnaudt mit vollendeter Vortragskunst und starkem Miterleben sang. Eine sehr verspätete Schubert-Feier Münchener Künstler konnte beim Publikum nicht mehr voll einbringen, was im Januar infolge des kaum beachteten 125. Geburtstages verabsäumt worden war. Ueberhaupt ist es selbst dem echten Kunstfreund schwerlich zu verdenken, wenn er in Anbetracht der Jahreszeit einen Abend in der Naturpoesie des Isartals oder an den Buchten des Ammersees dem Aufenthalt in den sommerlichen schwülen Konzertsälen vorzieht. Der Fremde hingegen, der München auf der Durchreise besucht, fühlt sich zu Konzertgenüssen weniger aufgelegt und zieht deshalb Theater, wo die leichtere Muse zu Wort kommt, oder gar ein Bierhaus mit echt Tiroler Volkssängern vor. Es gibt auch eine Ueberfütterung mit Kunst, und dieser Gefahr ist man in München nicht ganz entgangen. Den Schaden tragen nur die Konzertgeber. Wenn man sich allerdings wie die Wienerin Gisa Bergmann Richard Strauß als Begleiter verschrieben hatte, dann brauchte man wenigstens um ein volles Haus nicht zu bangen. Aber auch in solcher Rechnung stimmte nicht jeder Posten. Die Dame mußte aus ziemlich temperamentvollen und unzweideutigen Aeußerungen des Publikums entnehmen, daß man die Kunst ihres Begleiters entschieden ihren gesanglichen Leistungen vorzog. So kam es zu einem kleinen Skandälchen, das aus dem Konzertpodium beinahe den Schauplatz dramatischer Handlungen machte. Ja, was doch nicht alles in einem solchen „Konzertsommer" passieren kann . . .

Dr. W. Z.

Kunst und Wissenschaft

Von der Technischen Hochschule Karlsruhe ist dem Fabrikbesitzer Fritz Adam in Berlin in Anerkennung seiner großen Verdienste um die körperliche Ertüchtigung der akademischen Jugend, insbesondere der Studentenschaft der Karlsruher Hochschule, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen worden.

Hochschulnachrichten. Geh. Rat Prof. Oncken in Heidelberg hat außer einem Ruf nach München auch einen Ruf nach Hamburg erhalten. — In Anerkennung seiner großen Verdienste um den Bau der Mensa, sowie der Universitätsturnhalle wurde Oberbaurat Emil Schmieder zum Ehrenbürger der Universität Heidelberg ernannt. — Geh. Rat Prof. Dr. Otto Lenel in Freiburg ist von der Königl. Nationalakademie in Rom zum auswärtigen Mitglied gewählt worden. — Die Philosophische Fakultät der Universität Freiburg hat Fabrikant L. Grötzinger die Ehrendoktorwürde verliehen. — Im Sommersemester betrug die Besuchsziffer an der Freiburger Universität 5667 Studierende.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

hinzu, so würde nach sonstigen Erfahrungen die Krankheitsziffer automatisch erheblich in die Höhe schnellen. Uebrigens ist die Regelung der Bezahlung der Krankheitstage Sache der sozialen Versicherung und nicht der Arbeitgeber.

Von weniger wichtigen Dingen sei noch die Klage erwähnt, daß der Bergmann 4 Wochen arbeiten müsse, bevor er Lohn bekäme. Tatsächlich erhält der Bergmann innerhalb 4 Wochen einmal Lohn, aber noch zweimal Vorschuß. Eine andere Regelung ist bei der Geldknappheit und großen Arbeitnehmerziffer unmöglich. (550 000 Bergarbeiter mit einem Hauerdurchschnittslohn einschließlich sozialen Zulagen von 280—290 Mk. arbeitstäglich!)

Ein großer Druck soll wohl durch die Massenkündigung auf die Durchführung neuer Forderungen zum Betriebsrätegesetz ausgeübt werden. Die heute im Bergbau geltenden Richtlinien gehen schon in vielen Beziehungen über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinaus. Die Schaffung noch weiter reichender neuer Bestimmungen kann, schon mit Rücksicht auf die Folgen für sämtliche andere Industrien und Berufe, nur der Regierung und dem Reichstag zustehen. Davon abgesehen würde auch die Erfüllung der neuen Forderungen eine erhebliche Verkürzung der Produktion und daher auch ihre Verteuerung ernstlich befürchten lassen. Ist doch z. B. vorgesehen, daß die Betriebsräte ihre Sprechstunden zu jeder Zeit nach ihrem Belieben abhalten können, daß sie nach Gutdünken aus der Grube ein- und ausfahren können und dergl. mehr.

Es bedarf keiner längeren Ausführung, daß der Schritt der Massenkündigungen im jetzigen Augenblick politischer Hochspannung und gefährlicher wirtschaftlicher Entwicklung mit einer ungeheuren Verantwortung verbunden ist. Die erste Folge wäre ein ganz außerordentlicher Rückgang der Förderung, die im schärfsten Maße vorhandene Kohlennot würde gewaltig verschlimmert und die Franzosen erhielten den bequemsten Vorwand für eine neue Sanktionspolitik. Eine weitere Gefahr ist, daß den Gewerkschaften die Führung der Massen entgleiten würde und an die Radikalisten, die Kommunisten, übergehen würde. Unruhen großen Umfanges wären nicht nur für das Kohlengebiet, sondern für ganz Deutschland zu befürchten. Der alte Bergarbeiterverband wird schließlich selbst unter der linksradikalen Strömung in völligen Verfall geraten können. Die große Allgemeinheit, die ganze Bevölkerung, darunter die Massen der Arbeiterschaft, sie alle müßten die Massenkündigungen im Ruhrgebiet schwer bezahlen.

*

Essen, 13. Juli. Die Verhandlungen über die Streitfragen im Manteltarif des Ruhrkohlenbergbaus, die am 11. Juli im Gebäude des Zechenverbandes in Essen unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums begannen, haben gestern zu einer vollen Verständigung geführt. Die getroffenen Vereinbarungen bedürfen noch der endgültigen Zustimmung der beiden Verbände, die bis zum Sonnabend, den 15. d. M., zu erwarten ist.

Die Verfolgung der Rathenau-Mörder.

Einleitung der Voruntersuchung gegen 12 Verhaftete.

= **Berlin,** 13. Juli. Die polizeiliche Untersuchung gegen die in Haft befindlichen Mittäter und Mitwisser ist abgeschlossen. Von ihnen sind jetzt bereits folgende Personen dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden: 1. der 21jährige Ernst Werner Techow, 2. dessen Bruder, der 17jährige Heinz Gerhardt Techow, 3. der 27jährige Wilhelm Günther, 4. der 35jährige Fritz Küchenmeister, 5. der 30jährige Werner Voß, 6. der 37jährige Richard Schütt, 7. der 21jährige Christian Ilsemann, 8. der 23jährige Heinz Hanenstein, 9. der 23jährige Kurt Steinbeck, 10. der 27jährige Erich Bade, 11. der Schüler Heinz Stubenrauch, 12. der Kapitänleutnant Manfred v. Killinger, 13. Waldemar v. Haugitz, 14. Wilhelm Ehrentraut, 15. Richard Heinze, 16. der 39jährige Franz Diestel. Während Killinger, Haupitz, Ehrentraut und Heinze vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden sind, wurden die anderen 12 Personen in das Untersuchungsgefängnis übergeführt. Gegen diese letzten ist jetzt die Voruntersuchung eingeleitet worden.

Auf der Suche im Gebiet von Anhalt.

Dessau, 13. Juli. Wie der Staatsrat für Anhalt mitteilt, befinden sich die beiden flüchtigen Mörder Rathenaus in Anhalt. Die anhaltische Sicherheitspolizei hat umfassende Maßnahmen getroffen, um das Land abzusperren. Das Publikum wird aufgefordert, die Fahndungsarbeit der Behörden nach Möglichkeit zu unterstützen und alle verdächtigen Wahrnehmungen sofort der nächsten Polizeistation zu melden.

Magdeburg, 13. Juli. Es bestehen Anzeichen dafür, daß Helfershelfer der Rathenaumörder versuchen, die Polizei irre zu führen. Erschwert wird die Verfolgung jedenfalls dadurch, daß gerade in den in Betracht kommenden Gegenden zahlreiche Radfahrer auftauchen, die häufig in ihrer Kleidung eine gewisse Aehnlichkeit mit derjenigen haben, in denen man die Rathenaumörder vermutet. Dadurch kommt es auch, daß aus den verschiedenen Gegenden immer wieder Meldungen darüber einlaufen, daß die Mörder gesehen worden sind.

Zur Verstärkung der bisher an der Verfolgung teilnehmenden Beamten ist gestern ein neues Kommando in das Fahndungsgebiet entsandt worden. Auch diese sind, wie die früheren Beamten mit Motor- und Fahrrädern ausgerüstet und führen Polizeihunde bei sich. An Hand von Generalstabskarten werden sämtliche Feldwege, das ganze Gelände und auch Häuser, die eine mutmaßliche Spur der Mörder enthalten, mit Spürhunden abgesucht. Alle Landstraßen und Wege sind gesperrt und zwar in der Weise, daß jeder Fußgänger und Radfahrer so lange aufgehalten wird, bis seine Personalien völlig einwandfrei festgestellt sind. Desgleichen werden die Züge der Staats- und Kleinbahnen überwacht.

b. **Gera,** 13. Juli. (Drahtber.) Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist es den Rathenaumördern gelungen, aus der Provinz Sachsen nach Thüringen durchzubrechen. Sie befinden sich in der Nähe von Apolda und haben die dortige Bahnlinie nach Süden überschritten. Zweifellos werden die Mörder versuchen, nach Bayern oder nach der Tschechoslowakei zu entkommen.

*

Killinger und der Staatskommissar für öffentliche Ordnung.

Berlin, 13. Juli. Der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung erklärt: Die Nachmittagsausgabe der „Dena" vom 12. Juli 1922 bringt eine Mitteilung, wonach bei der Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik im Verfassungsausschuß des preußischen Landtags der Abg. Liebknecht die Behauptung aufgestellt haben soll, ich hätte an Killinger, während er in Untersuchungshaft saß, die Summe von 300 000 Mark für Dienste ausgezahlt, die Killinger bei der Organisation des oberschlesischen Selbstschutzes geleistet habe. Diese Behauptung ist nach jeder Richtung unwahr. Ich habe niemals mit Killinger irgend eine Verhandlung gepflogen, noch irgend eine Summe Geldes ausbezahlt.

Aus dem besetzten Gebiet

Deutsche Jungfrauen Freiwild der Franzosen.

Frankfurt, 13. Juli. Die zahlreichen Schändungen deutscher Frauen und Mädchen durch farbige und weiße Franzosen sind um einen neuen, durch Zeugen beeidigten Fall vermehrt worden. — Zwei Freundinnen aus Godesberg unternahmen kürzlich einen Spaziergang in die Feldmark, als sie von zwei französischen Soldaten verfolgt und eingeholt wurden. Ein Soldat packte von hinten die Auguste H., warf sie zu Boden und schleppte sie einige Meter vom Wege ab in einen Graben. Obgleich das Mädchen sich verzweifelt wehrte, zerriß er ihr die Unterkleidung und vergewaltigte schließlich die völlig Erschöpfte und Widerstandsunfähige. Die Freundin flehte vergebens den anderen Soldaten an, seinen Kameraden an der Untat zu hindern. Da sie selbst nicht helfen konnte, lief sie schreiend davon, um Hilfe zu holen. Sie traf einige junge Leute, die mit ihr zurückeilten. Bei dem Nahen ergriff der Unmensch die Flucht. Die ärztliche Untersuchung der Vergewaltigten hat erwiesen, daß wieder einmal ein unschuldiges, deutsches Mädchen das Opfer französischer Gemeinheit geworden ist. Der Vorfall wirft ein unheimliches Licht auf die Unsicherheit in den besetzten Gebieten

Staatspräsident Dr. Hummel über Deutschlands politische Lage.

Die Deutsch-Demokratische Partei — Ortsgruppe Karlsruhe — hatte auf Donnerstag abend zu einer Versammlung im „Friedrichshof" eingeladen. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt als der Vorsitzende Prof. Keßler die Anwesenden kurz begrüßte. — Der Redner, Staatspräsident Dr. Hummel, führte etwa folgendes aus:

Die Gefahren von rechts stehen in einem engen Zusammenhang mit der allgemeinen Gefahr der Bolschewisierung Europas. Die ganze Taktik der Reaktion läuft darauf hinaus, die Gefahr von links, die die größte ist, heraufzubeschwören, um dann im gegebenen Augenblick politische Geschäfte zu machen. Wir leben in Deutschland im Zustande des parteipolitischen Elends, in einer Zeit großer politischer Begriffsverwirrung. Die Masse ist nicht gewöhnt, geschichtlich und politisch zu denken. Sie sieht nur die äußeren Dinge: Rathenaumord, Demonstrationen, den Sturz der Mark usw. Aufgabe des Politikers und Staatsmannes ist es daher, in die sichtbaren Zeichen den Zusammenhang zu bringen, ihn zu erkennen und nach Maßgabe dieser Erkenntnis zu handeln. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir uns noch in der revolutionären Entwicklung befinden. Ruhe und Ordnung waren zwar eingekehrt; damit hatte aber auch ein spießbürgerlicher Größenwahn Platz gegriffen. Daraus erklären sich die Ueberraschungen weiter Kreise unseres Volkes bei Putschen und Attentaten, erklärt sich die fieberhafte Erregung, die es schwer macht, die richtige Linie zu ziehen. Mit dem Rathenaumord ist der Schleier gefallen. Es gilt den Kampf um die Demokratie gegen rechts und die extreme Linke. Das Bürgertum hat eine Politik der falschen Schlüsse befolgt. Schuld an unserer Lage ist das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1920, ferner die ungeheure Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit, mit der weite Schichten des Volkes die derzeitigen Verhältnisse betrachten. Man hat versäumt, die wahnsinnige Politik der extremen Rechten und ihre Hetzereien mit der nötigen Entschiedenheit zurückzuweisen. Man hat auf der anderen Seite sich keine Gedanken darüber gemacht, wie grundfalsch das da und dort aufgetauchte Verlangen war, die Sozialdemokratie von den Regierungsgeschäften auszuschalten.

Der Redner sprach weiter von einem Zustande deutschen Presseelendes. Weder die Reichsregierung noch die Regierung eines Landes hätten eine Presse, auf die sie sich verlassen könne. Es finde sich kein führendes Organ in Deutschland, das für die Regierung und ihre Tätigkeit eintritt. Daraus erhellt, so fuhr der Redner fort, wie ungemein schwierig die breite Oeffentlichkeit es hat, sich über die Leistungen der Regierung ein objektives Bild zu machen. Schuld an den heutigen Zuständen tragen auch die 45 Prozent, die 1920 nicht zur Wahlurne gingen. Ferner ist hinzuweisen auf die wirtschaftspolitische Irrlehre, die da meint, es genüge, wirtschaftspolitischen Zwecken zu dienen. Diese Irrlehre hat vom politischen Denken weggebracht. In einer solchen Geistesverfassung hat das deutsche Volk der Rathenaumord getroffen, dies in einem Augenblick, da wir im Begriff waren, auf die Bahn außenpolitischer Erfolge zu gelangen. Wer wird der Nachfolger im Amte Rathenaus sein? Daß man bis heute niemanden gefunden hat, beweist die ungeheure Armut Deutschlands an solchen Männern. Wo sind nun die Besserwisser? Das dringendste Gebot ist jetzt, daß die Gesetze zum Schutze der Republik rasch durch den Reichstag kommen. Wir haben keine Zeit zu verlieren, denn es gibt keinen anderen Weg zur Beruhigung der großen Masse unseres Volkes. Der rapide Marksturz wäre sicher verhindert worden, hätte rascher gehandelt werden können. Daß dies nicht möglich war, hat seinen Grund wiederum in den letzten Reichstagswahlen und der daraus hervorgegangenen Zusammensetzung des Reichstages.

Der Redner wandte sich dann gegen die Demonstrationspolitik und die damit verbundenen, wenn auch ungewollten, Ausschreitungen, die nicht anderes als eine Schwächung der Staatsautorität bedeuten. Retten kann uns nur die Besinnung auf die gemachten Fehler. Der richtige Weg ist der einer republikanischen und demokratischen Politik nach innen und außen, die Erziehung zur wirklichen Staatsgesinnung. Die Parole lautet: Für die Republik, für die Demokratie oder Untergang!

Der Redner kam schließlich auf die in letzter Zeit aufgetauchten Mutmaßungen über innerpolitische Krisen zu sprechen. Vor einer Reichstagsauflösung möge das deutsche Volk angesichts der heute herrschenden Stimmungen bewahrt bleiben. Ein Wahlkampf würde uns der Gefahr des Bürgerkrieges näher bringen. Die Stabilisierung unserer Währung setze die praktische politische Mitarbeit aller Klassen und Stände voraus. Es wäre darum ein ungeheurer Gewinn, wenn es gelänge, durch die Angliederung weiter Wirtschaftskreise an die demokratische republikanische Politik eine große Mehrheit im Reichstage zustande zu bringen, deren wirtschaftliche Ziele auf die Festigung der Währung hinauslaufen. Wir brauchen gegenseitiges Vertrauen innerer Anteilnahme des Einzelnen am Gesamtwohl. Die moralische Offensive muß einsetzen, um die Einschränkung der Reparationsforderungen und das Ende der Sanktionen zu erreichen. Große Gefahren drohen aus der zunehmenden Teuerung. In diesem Zusammenhang richtet der Staatspräsident an die Wirtschaftskreise die Mahnung, daß sie mit der Preisbildung zurückhalten, daß es nicht mit der Geschwindigkeit und Häufigkeit wie bisher den Bewegungen auf dem Geldmarkt folgen möge. Die Wirtschaft müsse daran denken, ihre Unternehmungen zu sichern für den Gefahrpunkt der Umstellung auf die neue Währung.

Der Staatspräsident schloß seine Rede mit dem Appell zur gemeinsamen Arbeit fürs deutsche Vaterland. Es folgte lebhafter Beifall. Eine Aussprache wurde nicht gewünscht, sodaß Prof. Keßler gegen 10 Uhr die Versammlung schließen konnte.

Badische Politik

Landtagsschluß am 28. Juli.

Wie der Vertrauensmännerausschuß des Badischen Landtags beschlossen hat, soll der Landtag am 28. Juli geschlossen werden. Das bis dorthin zu bewältigende Arbeitspensum ist noch groß, da noch zahlreiche Gesetze, Förmliche Anfragen und Anträge unerledigt sind. Der Landtag wird deshalb in den nächsten 14 Tagen eine umfassende Arbeit leisten müssen. Mitte Oktober tritt der Landtag dann wieder zusammen.

Die Frankenschulden.

Der Haushaltsausschuß des Landtags befaßte sich mit einem Landbundantrag, in dem die Regierung ersucht wurde, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Frankenverpflichtungen vieler deutscher Schuldner vom Reich übernommen würden. Nach einer Aussprache wurde ein von dem Berichterstatter Abg. Marum (Soz.) gestellter Antrag angenommen, wonach die Reichsregierung dahin wirken möge, daß durch neue Vereinbarungen mit der Schweiz die Härten, die sich infolge der Entwertung der Mark aus der Durchführung des Abkommens vom 6. Dezember 1920 für deutsche Schuldner ergeben, beseitigt werden.

Weiter nahm der Haushaltsausschuß eine von Vertretern aller Parteien eingereichte Entschließung an, wonach die badische Regierung mit der Reichsregierung über die Unterstützung der notleidenden badischen Privatbahnen durch das Reich verhandeln soll. Ferner hat der Haushaltsausschuß dem Gesetzentwurf über die Erhöhung der staatlichen Verbürgung von Hypotheken zur Förderung des Kleinwohnungsbaues zugestimmt.

Ein Brennverbot.

Der Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung hat dem Erlaß einer Verordnung zugestimmt, wonach das Brennen von Obst und Obsterzeugnissen verboten wird. Nur Brennkirschen dürfen mit Genehmigung des Bezirksamts zur Branntweinherstellung verwendet werden. Alle Arten von Beeren fallen unter das Verbot. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geld bis zu 10 000 Mk. bestraft. Die Veröffentlichung der Verordnung steht bevor.

Vom Badenwerk.

Der Haushaltausschuß des Landtags hat den Kaufvertrag zwischen dem Badischen Landesfiskus und dem Badenwerk, wodurch die aus staatlichen Mitteln erstellten Anlagen zur Elektrizitätsversorgung des Landes (Murgwerk, Hochspannungsleitungen, Tranformatorenstationen, Ortsnetze usw.) an das Badenwerk verkauft werden, genehmigt. Die Vertreter des Landbundes enthielten sich der Abstimmung, weil sie mit der Zusammensetzung des Aufsichtsrats nicht einverstanden waren. Einstimmig genehmigte ferner der Haushaltausschuß den Gesetzentwurf über die Main-Donau-Wasserstraße. In diesem Gesetzentwurf wird bestimmt, daß, da die Gegend bei Wertheim ebenfalls an dieser Wasserstraße interessiert ist, der Badische Staat Stammaktien im Betrag von 4 Millionen übernehmen soll.

Die Ausschreitungen in Singen.

t. **Singen a. H.,** 13. Juli. Zu den Ausschreitungen bei der Dienstag-Demostration wird berichtet, daß die bisherigen von der Staatsanwaltschaft vorgenommenen umfangreichen Erhebungen noch kein so klares Bild über die Vorgänge gegeben haben, daß eine objektive Darstellung insbesondere der Umstände, die den Tod des Majors Scherer herbeigeführt haben, gegeben werden könnte. Die Erhebungen werden fortgesetzt.

Politik und Universität.

Heidelberg, 13. Juli. In einer Versammlung der Demokratischen Partei wurde nach einem Vortrag des Abg. Hofheinz eine Entschließung angenommen, die folgendermaßen lautet: „Die Demokratische Partei der Universitätsstadt Heidelberg kann angesichts der jüngsten Vorkommnisse nicht an der Tatsache lautlos vorübergehen, daß eine Reihe rechtsgerichteter Hochschullehrer fortgesetzt die Politik in den Hörsaal trägt. Gegen diese, die Pflichten der Erzieher der Jugend verletzende und den Frieden störende Tätigkeit erhebt die Demokratische Partei öffentlich ihre warnende Stimme in der Hoffnung, daß diese Warnung diejenigen, die es angeht, zur Einkehr und Selbstbesinnung bestimmen wird."

Zur Kenntnisnahme.

Der „Badische Beobachter", das Blatt des Zentrums, wirft uns Sensationslust vor, weil wir, wie zahlreiche andere Blätter, in der letzten Sonntagsnummer die Nachricht von einem neuen Streikplan veröffentlicht haben. Der „Beobachter" erklärt, nicht zu wissen, aus welcher Quelle wir unsere Nachricht geschöpft haben, er weiß aber, daß wir diese Nachricht veröffentlicht haben, folglich hat er sie auch gelesen, folglich weiß er auch die Quelle, denn sie ist deutlich angegeben. In Nr. 187, Seite 2, 4 Spalte steht unter der Ueberschrift: Demonstrationslust: Berlin, 7. Juli. Der Deutsche, das Blatt des Führers der Christlichen Gewerkschaften, Stegerwalds usw.; und auf Seite 3 der gleichen Nummer, Spalte 2, steht: Eine Warnung vor Demonstrationen, Berlin, 8. Juli. Der demokratische Zeitungsdienst bringt eine Auslassung usw. Die gleiche Meldung aus dem Blatt Stegerwalds, die wir veröffentlicht haben, hat auch der „Badische Beobachter" gebracht, dazu noch mit einer dicken zweispaltigen Ueberschrift. Die Veröffentlichung im „Tagblatt" nennt der „Beobachter" eine Sensationsnachricht, die gleiche Meldung in seinen eigenen Spalten nennt er eine „einwandfreie" Nachricht. Wir begnügen uns mit der Feststellung dieser Tatsachen. ×

Verschiedene Drahtmeldungen

Amerika und der deutsche Linksradikalismus.

München, 13. Juli. Die „Münch. N. Nachr." berichten:

Einer der führenden Großindustriellen der Vereinigten Staaten von Amerika hatte die Güte, einem Mitgliede unserer Redaktion eine Unterredung zu gewähren, in der er sich über einige Fragen äußerte:

Erste Frage: Die amerikanische Regierung hat erklärt, daß sie einem sozialistischen, diktatorisch regierten Rußland weder direkt noch indirekt durch ihre Finanzmänner Kredite gewähren werde. Glauben Sie, daß die amerikanische Regierung einem offenen oder verschleiert sozialistisch regierten oder von der Straße beherrschten Deutschland Kredite gewähren oder Kreditgewährung durch amerikanische Bankiers zulassen werde?

Auf diese Frage antwortete unser Gewährsmann mit einem glatten Nein!

Der nächste Parteitag der D. D. P.

Berlin, 12. Juli. Der diesjährige ordentliche Parteitag der Deutsch-demokratischen Partei wird laut Beschluß der Vorstandssitzung vom 11. ds. Anfang Oktober in Elberfeld stattfinden.

Rathenau-Allee statt Königs-Allee.

Berlin, 12. Juli. Eine Konferenz aller republikanischen Parteien im Verwaltungsbezirk Wilmersdorf-Großberlin hat beschlossen, zu beantragen, daß die Königsallee im Grunewald, in der Reichsminister Rathenau ermordet wurde, künftighin Rathenauallee heißen soll. Außerdem soll auf der Stelle, wo die Mordtat geschah, ein Gedenkstein für den Reichsminister errichtet werden.

Der Berliner Buchdruckerstreik beendet.

Berlin, 13. Juli. Die Berliner bürgerliche Presse erschien gestern abend nach zwölftägiger Unterbrechung durch den Buchdruckerstreik wieder.

Berlin, 13. Juli. Der in Leipzig zusammengetretene Ausschuß des Tarifamts der Buchdrucker hat dem Vergleichsvorschlag auf außerordentliche Lohnerhöhung zugestimmt. Am 16. August wird der Ausschuß behufs weiterer Regelung der Löhne erneut zusammentreten.

Eine neue elsässische Partei.

t. **Straßburg,** 12. Juli. Die neue Elsässerpartei, eine Gründung des Gutsbesitzers Klaus Zorn von Bulach, des Sohnes des jüngst verstorbenen Staatssekretärs Zorn von Bulach, hat hier ihre erste öffentliche Versammlung abgehalten. Sie war stark besucht. Nach dem Urteil von Kennern hatte der Redner vierfünftel der Versammlung hinter sich, wobei die Besucher größtenteils Altelsässer waren. Der Redner wies es von sich, daß seine Partei dem Neutralismus oder der deutschen Propaganda dienen solle, sondern seine Partei sei die Partei der beleidigten Elsässer, der Franzosen zweiter Klasse. Die hauptsächlichste Forderung, die die neue Partei erhebt, ist: Vollständige Gleichberechtigung beider Sprachen, sämtliche Verwaltungsbeamten müssen unbedingt beide Sprachen beherrschen. Die einflußreichen Beamtenstellen müssen den Landeskindern vorbehalten werden, die dazu am geeignetsten sind. Die Missionszulage (d. h. die Zulage für französische Beamten, die in das innere Frankreich kommandiert werden) soll abgeschafft werden. Ferner soll die Militärdienstzeit auf ein halbes Jahr herabgesetzt werden.

Ein britischer Dampfer von den Griechen beschlagnahmt.

London, 13. Juli. Einer Reutermeldung aus Athen zufolge ist der britische Dampfer „Arthur Serena" unter der Anschuldigung, Kontrebande an Bord zu führen, von den Griechen beschlagnahmt und in den Hafen von Athen gebracht worden.

Maxim Gorki nach Deutschland geflüchtet.

t. **Paris,** 13. Juli. Nach dem „Matin" soll es Gorki, den die Moskauer Regierung verhaften lassen wollte, gelungen sein, über die russische Grenze nach Deutschland zu flüchten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die politischen Zeitungen in Baden zu Anfang der Jahre 1914 und 1922.

Nach den Mitteilungen der Bezirksämter betrug zu Anfang des Jahres 1914 die Zahl der in Baden gedruckten politischen Zeitungen einschließlich der sogenannten unabhängigen Tageszeitungen 160. Darunter waren 114 Parteiblätter (68 nationalliberal, 41 Zentrum, 5 demokratisch, 4 Fortschrittliche Volkspartei, 4 sozialdemokratisch, 1 Bund der Landwirte und 1 konservativ). 46 wurden als parteilos bezeichnet. Im Zeitraum der Jahre 1914/1921 haben insgesamt 27 Zeitungen — d. s. ⅙ der im Jahr 1914 vorhanden gewesenen Zeitungen — ihr Erscheinen eingestellt, und zwar 12 nationalliberale, 6 parteilose, 4 demokratische und 3 Zentrumsblätter, sowie 1 konservatives Blatt und 1 der Fortschrittlichen Volkspartei. Den größten Abgang hat der Amtsbezirk Kehl zu verzeichnen, in dessen Bezirk von den bisher 8 liberalen Zeitungen 7 eingegangen sind. Neu erschienen sind in dieser Zeit 2 sozialdemokratische, 2 demokratische Zeitungen und je 1 Organ des Landbundes und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, im ganzen also 6, so daß der Bestand an politischen Zeitungen zu Anfang des Jahres 1922 noch 139 betrug. Hiervon waren 50 (36 %) parteilos, 38 gehörten nach ihrer Parteirichtung dem Zentrum an, 32 der demokratischen und 6 der Sozialdemokratischen Partei, 6 der Deutschliberalen Volkspartei, je 3 der Deutschnationalen Partei und dem Landbund, sowie 1 der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. 50 Zeitungen haben in der Zeit von Anfang 1914 bis 31. Dezember 1921 ihre politische Richtung geändert. Davon gehören

26 frühere nationalliberale Zeitungen nunmehr der demokratischen Richtung an,
12 frühere nationalliberale Zeitungen sind jetzt parteilose,
4 frühere nationalliberale Zeitungen sind Organe der Deutschliberalen Volkspartei geworden,
2 frühere nationalliberale Zeitungen stehen dem Landbund und weitere
2 frühere nationalliberale Zeitungen der Deutschnationalen Volkspartei zur Verfügung,
1 Organ des Bundes der Landwirte ist deutschnational und
1 Blatt der früheren Fortschrittlichen Volkspartei ist demokratisch geworden, von
2 früher parteilosen Zeitungen hat eine davon eine ausgesprochen demokratische und die andere eine deutschliberale Richtung angenommen.

Die meisten politischen Zeitungen (12) werden im Bezirk Mannheim gedruckt; an zweiter Stelle steht der Bezirk Karlsruhe mit 7, dann folgen die Bezirke Konstanz und Heidelberg mit je 6, Triberg, Offenburg, Schwetzingen und Sinsheim mit je 5 und Ueberlingen, Freiburg, Bruchsal, Pforzheim und Rastatt mit je 4. In 20 Bezirken werden je 2, in 12 je 1, in 6 je 3 und in 2 Bezirken (Boxberg und St. Blasien) wird keine politische Zeitung gedruckt.

Reichs-Jugendwettkämpfe und Turn- und Spielfest der Humboldtschule.

Realgymnasium.

Als erste der Karlsruher Schulen hielt die Humboldtschule am Montag nachmittag und am Dienstag morgen die sportlichen Uebungen der Reichsjugendwettkämpfe bei sämtlichen Schülern ab, nachdem in den Turnstunden der Vorwoche die Wertung der Geräteübungen und im Vereinsbad des Karlsruher Schwimmvereins das 50 m-Schwimmen vorausgegangen war. Am Dienstag nachmittag bildete ein Spielfest auf dem von der Technischen Hochschule freundlichst zur Verfügung gestellten Platze den Abschluß. Ein herzerfreuender Anblick waren die von fast 300 Schülern ausgeführten Freiübungen. Von den Quartanern bis zu den Primanern die gleichen gemeinsamen Uebungen, die zeigten, wie eine auch verhältnismäßig leichte Uebung, aus dem Lehrstoff der Quarta gewählt, für alle Altersstufen ein wirkungsvolles Bild gibt und die körperliche Durcharbeitung des einzelnen, wie die turnerische Schulung der Gesamtheit erkennen läßt. Eine Auswahl von Turnspielen, wie Grenzball, Staffellauf, Ball über die Schnur, Trommelball, Faustball, Schlagball, Handball und Fußball mit abgekürzter Spielzeit vorgeführt, ließen die Eltern sehen, was an den Spielnachmittagen getrieben wird und wie eifrig die Jugend hierbei ist.

Turnlehrer Anton Söll, der vertretungsweise den Turnunterricht an der Schule erteilt hat, jetzt aber nach einem neuen Wirkungskreis in Sinsheim a. d. E. scheidet, hat die Veranstaltung mit Geschick und größter Arbeitsfreude geleitet, von der Lehrerschaft der Schule in anerkennenswerter Bereitwilligkeit unterstützt, wie auch ältere Schüler bestens geholfen haben.

Das Ergebnis konnte durch den Anstaltsleiter am Schlusse des Festes verkündet werden:

1. Altersklasse 1904—05, Sechskampf: 1. Gaffert, K. 130 Punkte; 2. Wolff, R. 121; 3. Espenschied, J. und Riedel, Br. 117; 4. Dieß, E. 115; 5. Eßmann, W. 113; 6. Kistner, A. 112; 7. Kraft, K. 110; 8. Neuefüß, B. 109; 9. Quenzer, K. 106; 10. Bahm, W. und Hörr, K. 104; zus. 28 Sieger unter 39 Bewerbern.

2. Alterklasse 1906—07, Sechskampf: 1. Wondratscheck, E. 130 Punkte; 2. Wahl, O. und Gittinger, Fr. 123; 3. Marx, K. 117; 4. Schmitt, Fr. 113; 5. Stolle, W. 109; 6. Lang, A. 102; 7. Reinmuth, H. 101; 8. Mainzer, W. und Siccard, W. 100; 9. Neubert, E. 98; 10. Löffler, E. und Julier, L. 97; zusammen 36 Sieger unter 76 Bewerbern.

3. Altersklasse 1908—09, Dreikampf: 1. Farer, M. 93 Punkte; 2. Beck, Fr. 90; 3. Matz, K. 89; 4. Lohmeyer, A. 87; 5. Holl, K. 85; 6. Weingärtner, H. 83; 7. Wölfle, K. 78; 8. Schneider, Th. 75; 9. Stieber, Tob. 74; 10. Heck, W. und Weber, W. 72; zusammen 74 Sieger unter 101 Bewerbern.

4. Altersklasse 1910—13; diese Klasse hat kein Anrecht auf Reichsurkunden und erhält nur Urkunde von der Schule aus. Die Wertung geschah hier milder, die Uebungen waren die gleichen wie bei der Klasse 3. 1. Reber, A. 97 Punkte; 2. Baer, M. 95; 3. Maisch, G. 88; 4. Rahäuser und Wiedmaier 85; 5. Schmiech und Maurer, W. 82; 6. Ehrmann, Fr. 81; 7. Frick, K. und Volk, E. 80; 8. Schetelin, R. 79; 9. Wieland, Fr., Johner, H. und Zender, B. 78; 10. Kirschenlohr, K. 77; zusammen 80 Sieger unter 107 Bewerbern.

Als Bestleistungen sind zu nennen: 1. Altersklasse, 1904—05: 100 m Lauf 11,4 Sek., Hochsprung 1,60 m u. Kugelstoßen 9,70 m sämtlich von Gaffert, Karl; 50 m-Schwimmen 41,0 Sek. Espenschied, J. 2. Altersklasse, 1906—07: 75 m Lauf 9,4 Sek. Wondratscheck, E. und Wahl, O; Hochsprung: 1,55 m Wondratscheck, E.; Ballweitwurf 61,5 m Julier, L.: 50 m-Schwimmen 43,1 Sek. Heil, K. 3. Altersklasse: 1908—09: 50 m Lauf 7,0 Sek. Beck, Fr. u. Schneider, Theo.; Weitsprung 4,40 m Farer, M. und Beck, Fr.; Ballweitwurf 52 m Lohmeyer, A. 4. Alterklasse 1910—13: 50 m Lauf 7,3 Sek. Baer, M.; Weitsprung 3,85 m Baer, M.; Ballweitwurf 50 m Reber, Alb.

Während früher den Reichsjugendwettkämpfen nur die besseren Turner beitraten, umfaßten die an der Humboldtschule abgehaltenen Kämpfe sämtliche zur Zeit turnfähigen Schüler, und der vom Stadtausschuß für Leibesübungen gegebene Maßstab für die Altersklassen 1—3, wie der selbstgewählte für 4 war so, daß zwei Drittel als Sieger hervorgehen konnte. Möge die Veranstaltung dazu beigetragen haben, die Turn- und Spielfreudigkeit zu heben und zu zeigen, daß nicht nur auf der Schulbank, sondern auch am Turngeräte und auf dem Turn- und Spielplatz die Tüchtigkeit des Knaben und des werdenden Mannes sich zeigen soll.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Donnerstag, den 13. Juli 1922 (8 Uhr morgens M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
Hamburg	763,6	14	NNO	leicht	wolkig	0
Danzig	—	—	—	—	—	—
Berlin	762,0	13	N	frisch	wolkig	3
Frankfurt	763,1	14	N	leicht	bedeckt	3
München	761,6	12	WSW	schwach	Regen	28
Kopenhag.	763,7	14	NNO	leicht	wolkig	0
Stockholm	765,9	17	O	leicht	heiter	0
Haparanda	—	—	—	—	—	—
Skudenes	763,4	13	S	leicht	heiter	0
Valentia	—	—	—	—	—	—
Paris	764,2	15	—	still	halbbd.	0
Toulouse	764,6	17	—	still	wolkls.	0
Zürich	763,1	13	W	leicht	bedeckt	15
Wien	758,9	20	W	schwach	wolkig	0
Spitzbergen	769,3	5	NNW	schwach	wolkig	0
Bärenінsel	—	—	—	—	—	—
Sau Mayen (Island)	758,7	5	O	schwach	Nebel	0
Seydisfjord	748,0	10	S	leicht	wolkig	1

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7⁷⁵.

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt 24 Std
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	13	17	11	W	leicht	bedeckt	3
Königstuhl Seehöhe 563 m							
762,8	10	13	9	NW	leicht	Nebel	4
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
763,8	13	15	12	W	leicht	bedeckt	8
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
763,3	12	16	14	W	leicht	bedeckt	6
Badenweiler Seehöhe 420 m							
—	12	18	13	W	leicht	Nebel	20
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	12	17	11	O	leicht	halbbd.	4
Villingen Seehöhe 712 m							
763,2	14	18	11	W	leicht	bedeckt	2
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
653,1	7	11	7	NW	leicht	Regen	6

Allgemeine Witterungs-Uebersicht.

Der hohe Druck hat sich jetzt ganz auf den hohen Norden und äußersten Südwesten zurückgezogen. In Süd- und Mitteldeutschland steht die Wetterlage unter dem Einflusse des tiefen Druckes, der über dem Südosten lagert, von wo eine Druckrinne die Verbindung mit einem Luftwirbel über dem Nordwesten herstellt. Das Wetter ist kühl und trüb geblieben; gestern sind im ganzen Lande Regenfälle vorgekommen. — Bei weiterer Ausbildung der Druckrinne ist in Süddeutschland Aufhören der Nordströmung und damit weniger kühles Wetter zu erwarten; Regenfälle stehen aber noch bevor.

Wetteraussichten für Freitag, den 14. Juli 1922: Ueberwiegend trüb, noch weitere Regenfälle, etwas wärmer aber noch mäßig kühl.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	13. Juli		12. Juli
Schusterinsel	2,48 m		2,50 m
Kehl	3,29 m		3,31 m
Maxau	5,13 m		5,17 m
„	— m	mittags 12 Uhr	5,16 m
„	— m	abends 6 Uhr	5,15 m
Mannheim	4,20 m		4,19 m

Geschäftliche Mitteilungen.

Blitzende Sauberkeit in der Küche ist der Ehrgeiz jeder Hausfrau; besonders zum Sonntag soll alles in reinem Gewande prangen. Um allen Geräten aus Glas, Porzellan, Marmor, Emaille, Stein, Holz frisches, sauberes Aussehen zu geben, ist Henkel's Scheuerpulver Ata unentbehrlich. Ata ist hervorragend geeignet auch zum Putzen der Bestecke und ist ein vorzügliches, schnellwirkendes Scheuermittel für Haushalt, Werkstatt, Fabrik und Wirtschaftsbetriebe.

Ata
Putz mit Ata Topf und Herd,
Weil's den schönsten Glanz bescheert!

Henkel's Putz- und Scheuerpulver; für Haushalt, Gewerbe und Industrie
unentbehrlich.
Alleinige Hersteller:
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Zu vermieten

Wohnungstausch
Drei schöne Zimmer, Balkon (Glasabschluß), große Küche mit Veranda, Bad, Keller, Speicher u. Waschküche, 7 Min. von Bahnstat., Mitte Strecke Karlsruhe-Pforzheim el. Licht u. Wasserleit. vorh., 840 Mk. jährl. gegen 3—4 Zimmerwohn. in Karlsruhe oder Durlach zu tauschen gesucht. Angeb. sind z. richt. unt. Nr. 1078 ins Tagblattbüro.

Miet-Gesuche

Pensionierte Witwe sucht **1 leeres Zimmer** sofort od. später. Angeb. u. Nr. 1067 i. Tagblb. erb.

Gut möblierte **2—3 Zimmer** in zentraler Lage, mit elektr. Licht, von j. Ehepaar gesucht. Angeb. unt. Nr. 1075 ins Tagblattb.

Kapitalien

200000 M. **Hypotheken-geld auszuleihen. Ang. Schmitt,** Bankkommission, Karlsruhe, Hirschstraße 43. Telephon 2117.

Offene Stellen

Solid. Mädchen wird in gutes Haus kl. Haushalt, für Küche und Hausarbeit zum 1. Aug. od. 1. September gesucht. **Kriegstraße 178, 2. St.**

Suche z. sofortig. Eintritt oder später zuverlässiges **Mädchen** (eventl. auch älteres) i. kl. ruh. Haush. Frau Prof. **Bergmann,** Stefanienstraße 82, III.

Junges Mädchen für Ausgänge, Putzarbeiten und Mithilfe im Haushalt gesucht. Ohne Kost und Logis. **B. Kamphues** Kaiserstraße 207.

Suche auf sof. in einen kl. Haushalt zu 3 Person. ein tücht. Alleinmädchen. Vorzustellen zwischen 9 bis 11 und 2 bis 4 Uhr Stefanienstr. 84, 2. Stock.

Saubere, ehrliche **Putzfrau** für zweimal wöchentlich vormittags gesucht. Amalienstraße 19.

Büro-Räume
4—6 im Zentrum von erster ausw. Gesellschaft bei hoh. Bez. sof. od. später zu mieten ges. Hauskauf erwünscht. Gefl. Angeb. sof. u. u. Nr. 1066 i. Tagblb. erb.

2 Zimmer
möbliert, möglichst mit Kochgelegenheit (auch auswärts), von Ingenieur möglichst bald zu mieten gesucht. Angebote mit Preis unter Nr. 1079 ins Tagblattbüro erbeten.

Zur Beteiligung an einem gewinnbringenden, kleineren Fabrikationsunternehmen, wird ein kaufmännischer Mitarbeiter gesucht, der sich mit ca.
100000 Mark
beteiligen kann. Eventl. kann auch Baufachmann oder neutraler Kapitalist in Frage kommen. Angebote unter Nr 1072 ins Tagblattbüro erbeten.

Ein tüchtiger
Möbelschreiner
womöglich nicht unter 20 Jahren, welcher hauptsächlich auf furnierter Ware arbeiten kann, zu sofortigem Eintritt gesucht. Lohn nach Tarif. Auf Wunsch auch Kost und Wohnung im Hause. Fußballspieler bevorzugt.
Sebastian Dillis
mechanische Bau- u. Möbelschreinerei
Bad Wörishofen,
bayr. Allgäu.

Tüchtige Köchin für Weinrestaurant ges. Zu erfragen Tagblattb.

Männlich

Mehrere **Anstreicher** gesucht. **F. Roth,** Waldstraße 89.

Verloren u. gefunden

Der Herr, welcher Sonntag 3 Uhr beim Stadtgarten seinen **Hut** neben meinem Korb hat liegen lassen, kann ihn dort Sonntag wieder abholen.

Verkäufe

Haus, Südweststadt mit Garten, gegen bar zu kaufen **gesucht. Aug. Schmitt** Hirschstr. 43 Tel. 2117.

Stenotypistin
perfekte **Maschinenschreiberin,** Kenntnisse in Buchhaltung erwünscht, von Industrieunternehmen per sofort gesucht. Angebote von jüngeren Kräften mit Zeugnisabschriften unter Nr. 1068 ins Tagblattbüro erbeten.

Tabak- und Zigarrenfabrik sucht für den Stadtbezirk Karlsruhe mit weiterer Umgebung einen tüchtigen und absolut zuverlässigen
Reisenden od. Alleinvertreter
welcher in Zigarren- und Kolonialwarengeschäften sehr gut eingeführt ist. Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften wie Aufgabe von Referenzen und Gehaltsansprüchen unter Nr. 1074 ins Tagblattbüro erbeten.

Jüng. Stenotypistin
sucht **Anfangsstelle** auf Büro per sofort. Gefl. Angebote unter Nr. 1022 ins Tagblattbüro erbet.

Liköre
Sinner
Backpulver
SINNER A.-G. KARLSRUHE-GRÜNWINKEL

Schuhmacherei mit oder ohne Haus sofort gegen bar zu kaufen gesucht. **Max Busam** Herrenstraße 38.

Herrenfahrrad zu verkauf. **Perschmann,** Leopoldstr. 13, Hth., 3. St. lks.

Acker sofort od. später gesucht. Angeb. mit Preis unter Nr. 1073 i. Tagblattb. erb.

Emailherd mit Nickelschiff z. verk. Schützenstr. 55, Laden.

Gebrauchter 2 türiger **Eisschrank** abzugeben **Stefanienstr. 66 2. St.**

Ein vollständig neuer
Luxuswagen
15/45 PS., **Aluminium mattiert, neue Bereifung, mit allen technischen Errungenschaften**
wird sofort gegen Barzahlung abgegeben.
Zuschriften erbeten unter **„E. K. 130"** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.**

1000 Dollar
Habe schönes Wohnhaus für obigen Preis zu verkaufen. Vermittler ausgeschlossen. Gefl. Angebote unter Nr. 1036 ins Tagblattbüro erbet.

Eleg. **Büffet,** massiv Eichen, billig zu verkaufen: Luisenstraße 56 II oder Werkstätte.

Zu verkaufen Leopoldstraße 46 I: Tische, Stühle Schränke, Bettstelle mit Rost u. Matratze, Nachttischchen, eis. Waschtischchen, Kleiderhalt., Spiegel Bilder, Nähmasch., Speiseschrank, Küchenuhr, gr. Bratpfanne mit Deckel, Grünkernmühle, Petrol-Ofen, Kohlenbügeleisen, Bügelbr., Wringmasch., Waschbod, Pflanzenpresse Wörter-, Schul- u. Unterhalt.-Bücher, Noten u. Notenständer, Reißschien. Ferngläs., Tennisschläg., Ski m. Stöcken, Lackstiefel Größe 41 2c.

Sattlernähmaschine Marke „Adler" u. **Haushaltnähmaschine,** fern. ein. Post. **Gasschläuche,** neu, hat **billig abzugeb. Höhn & Co., G. m. b. H., Karlsruhe,** Hardtstr. 40. Telefon 1514.

4rädr. Schreinerwag. u. **40 Stück Biergläser** preiswert zu verkaufen. **Karl Rieger** Glasermstr. Markgrafenstraße 4.

Motorrad-Magnet, Vergaser neu, zu verkaufen. Schützenstr. 55, Laden.

Anzug neu, f. 14—16 jährigen, sowie **Stiefel,** Größe 3½, zu verkaufen. **Belfortstraße 19, parterre.**

1,9 rebbf. Ital.-Hühner 20 u. 21er Brut, sowie 3 Schlachthühner, event. m. Stall, sofort zu verkauf.: Ettlingerstraße 53 IV.

Kaufgesuche

Haus in guter Lage sofort von **Auslandsdeutschen** zu kaufen gesucht. **Max Busam** Herrenstraße 38.

FLÜGEL gut erh., z. kauf. ges. Ang. u. Nr. 1071 i. Tagblb. erb.

Eis. **Bettstelle,** 90/190 cm, zu kaufen gesucht. Angeb. unter Nr. 1080 ins Tagblattbüro erbeten.

Zu kaufen gesucht aus gutem Hause: feines **eich. Vertiko** od. ähnl. **kleiner Schrank, 2 Lehnsessel** mit **Ledersitz,** eiche, **1 Chaiselongue,** 2 Meter lang, **1 Chaiselonguedecke, 1 Rauchtisch.** Angebote unter Nr. 1077 ins Tagblattbüro.

2türiger **Schrank, Küchenschrank, Vertiko, 2 gleiche Betten** evtl. mit Federnbetten zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 1046 ins Tagblattb.

Ladenthek ca. 2 m lang, zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preisangabe unter Nr. 1070 ins Tagblattbüro erbet.

Gebrauchte Möbel sowie ganze **Haushaltungen** kauft die **Altmöbelstelle** Gemeinnützige Hausratsverwertung Schloßplatz 13 Telefon 3204.

Ein gut erhalt. **echter Teppich** aus Privat zu kauf. gesucht. Ang. u. Nr. 1069 i. Tagblb. erb.

Hobelbank zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 1049 ins Tagblattbüro erbet.

Waffen aller Art kauft **A. Böttcher,** Adlerstr. 40.

Altmetalle **Papier, Akten, Bücher, Eisen, Möbel, Kleider,** Schuhe, Keller- und Speicherkram kauft **Feuerstein,** Fasanenstr. 26. Tel. 3481.

Zu kaufen gesucht von Privat: Gehrockanzug, Sakkoanzug, mittl. Figur, Puppenwagen. Angeb. mit Preis unter Nr. 1076 ins Tagblattbüro erbet.

Wirrhaare werden zu den höchsten Tagespreisen angekauft im Herren- und Damen-Friseursalon **A. Minderberger** Waldst. 61, Ludwigsplatz. Anfertigung von Zöpfen. **Spangen reparaturen.**

Flaschen aller Art kauft zu höchsten Tagespreisen **D. Turner** Telefon 5426 Sofienstr. 65

Auf Anruf komme sofort! Kaufe getr. Kleider, Wäsche, Stiefel, gebr. Möbel, Federbetten 2c. **Telephon 2051. Karabanoff.** Zähringerstraße 50.

Alt-Eisen **Gußbruch, Eisen- und Gußspäne, Metalle,** sowie **ganze Anlagen** auf Abbruch kaufen laufend zu höchsten Preisen **J. Fleischer & Co.,** **Karlsruhe-Mühlburg,** Hardtstraße 37a (Brauerei Seldeneck), Telephon 4704.

Ungeziefer aller Art vernichtet **B. J. a. H. F. Höllstern,** Herrenstr. 5 und Nuitstraße 10. Tel. 3196. Auch Selbstvertilgungsmittel erhältlich.

Durlach **Anzeigen- und Abonnements-Bestellungen** richte man für Durlach an unseren Vertreter Firma **Carl Walz** Hauptstr. 56 Telephon 393 **Die Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblatt**

Israel. Gemeinde. Hauptsynagoge Kronenstraße.
Freitag, den 14. Juli: Sabbatanfang 7.30 Uhr.
Samstag, den 15. Juli: Morgengottesd. 8.30 U. Schluß-Jugendgottesdienst 3 Uhr. Stadtrabbiner Dr. Kurrein. Sabbatausgang 9.20 U.
Werktags: Morgengottesdienst 7.00 Uhr. Abendgottesdienst 7.30 U.

Israel. Religionsgesellschaft.
Freitag, den 14. Juli: Sabbatanfang 7.30 U.
Samstag, den 15. Juli: Morgengottesd. 7.30 U. Schülergottesd. 2.45 U. Nachm.-Gottesd. 5.00 U. Sabbatausgang 9.22 U.
Werktags: Morgengottesdienst 6.15 Uhr. Abendgottesd. 7.30 Uhr.

Mietzinsregelung.

In der Sitzung der Mietzinskommission vom 11. d. M. waren neu erschienen Oberlandesgerichtsrat Dr. Lewis, der den Vorsitz übernahm, Oberamtsrichter Lauck als Vertreter des Amtsgerichts und Stadtrat Braun. Zur Durchführung des Reichsmietengesetzes stehen zur Begutachtung folgende Fragen:

1. Grundsätzliche Entscheidung über die Anwendung des § 3 oder des § 4 der Ausführungsverordnung als Regelfall.
2. § 3 Abs. 1 der Ausf.VO.: Abzug von der Friedensmiete zwecks Errechnung der Grundmiete.
3. § 3 Abs. 1 des Reichsmietengesetzes und § 13 Ausf.VO.: Zuschlag für die höheren Kosten der hypothekarischen Belastung.
4. § 14 Ausf.VO.: Entscheidung über die Art der Feststellung und Verrechnung der Betriebskosten.
5. § 16 Ausf.VO.: Zuschlag für Verwaltungskosten.
6. § 17 Ausf.VO.: Zuschlag für laufende Instandsetzungen.
7. § 21 Ausf.VO.: Zuschlag für große Instandsetzungen.
8. § 5 Abs. 1 Ausf.VO.: Festsetzung eines Höchstsatzes des besonderen Zuschlags für gewerbliche Räume, § 10 Abs. 1 RMG.

I.

Zur Erörterung stand mithin zunächst die grundsätzliche Frage, ob die gesetzliche Miete entweder gem. § 2 RMG in Verbindung mit §§ 2 und 3 Ausf.VO. nach der Friedensmiete oder gem. § 4 Ausf.VO. nach dem Grundsteuerwert zu berechnen sei. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Stadtgemeinde der in § 4 Ausf.VO. gegebenen Ermächtigung gemäß anordnen möge, daß die Grundmiete für Gebäude, die vor dem 1. Juli 1914 bezugsfähig geworden sind, unmittelbar aus dem Grundsteuerwert der Gebäude vom 1. Juli 1914 zu berechnen sei. Darunter ist der letzte vor dem 1. Juli 1914 geschätzte Steuerwert zu verstehen. Und zwar soll die Grundmiete in 5 v. H. des Steuerwerts bestehen.

War man über diese grundsätzliche Frage verhältnismäßig rasch einig geworden, so entspann sich eine längere Erörterung darüber, in welchem Umfange und in welcher Form Verbesserungen oder Veränderungen des Gebäudes nach dem 1. Juli 1914 berücksichtigt werden sollten. Von der einen Seite wurde vorgeschlagen, wesentliche Verbesserungen nach dem 1. Juli 1914 in dem tatsächlich aufgewendeten Betrag dem Steuerwert 1913 zuzuschlagen und von dem so erhöhten Wert die Grundmiete zu berechnen, andere wollten die Berücksichtigung solcher Verbesserungen bei der Festsetzung der Miete allein dem Mieteinigungsamt überlassen, seitens der Mietervertreter wurde verlangt, daß andererseits auch Verschlechterungen eine Herabsetzung des Steuerwerts und der Miete zur Folge haben müßten. Von juristischer Seite wurde ausgeführt, daß zwar gem. § 2 Abs. 4 RMG bei erheblichen baulichen Veränderungen nach dem 1. Juli 1914 das MEA als Friedensmiete den ortsüblichen Mietzins festsetzen könne, daß aber für den Fall der Zugrundelegung des Steuerwerts in § 4 Ausf.VO. eine entsprechende Berücksichtigung dieser Veränderungen nicht vorgesehen sei; § 4 Ausf.VO. sei daher lückenhaft. Dies wurde von anderer Seite unter Hinweis auf § 4 Abs. 2 Ausf.VO. und die Erläuterungen des Bad. Arbeitsministeriums im Erlaß vom 30. Juni 1922 Nr. 28 391, Abs. 4 zu § 4 Ausf.VO. mit Recht bestritten. Die dort gegebenen Richtlinien wurden daher bei dem schließlichen Vorschlag berücksichtigt (unten Abs. 2).

Die eingehende Aussprache über diesen Punkt ergab Einigkeit darüber, daß erhebliche Verbesserungen nach dem 1. Juli 1914 eine Erhöhung der Grundmiete zur Folge haben müßten, die ungefähr einer Verzinsung des aufgewendeten Kapitals gleichkommt. Das wurde schon im Interesse der Erhaltung der Häuser und mithin auch der Mieter für erforderlich erachtet. Die Mehrheit hielt es für nötig, dies in der städtischen Regelung grundsätzlich zum Ausdruck zu bringen und wollte sich nicht damit begnügen, es allein dem Ermessen des Mieteinigungsamts zu überlassen, ob solche Veränderungen bei der Festsetzung des Mietzinses berücksichtigt werden sollen. Den endgiltigen Wortlaut einer späteren Beschlußfassung vorbehaltend, einigte man sich schließlich auf folgenden, den verschiedenen berechtigten Wünschen Rechnung tragenden, Vorschlag:

Die Grundmiete wird aus dem Grundsteuerwert berechnet. 5 v. H. des Grundsteuerwerts sind dabei zu Grunde zu legen.

Steht der Grundsteuerwert in einem offenbaren Mißverhältnis zu dem Wert, den das Gebäude tatsächlich am 1. Juli 1914 gehabt hat, oder sind seit der letzten, vor dem 1. Juli 1914 erfolgten Steuereinschätzung bauliche Veränderungen eingetreten oder Einrichtungen ausgeführt worden, die den Wert des Hauses erheblich ändern, dann ist das Mieteinigungsamt berechtigt, auf Antrag einen anderen Gebäudewert zu Grunde zu legen.

Neben der Grundmiete sollen für Kosten, die seit dem 1. Juli 1914 aufgewendet worden sind und den Wert des Hauses erheblich erhöhen, 5 v. H. des aufgewendeten Betrags vergütet werden.

Dr. F.

Aus Baden

Die badische Landes-Malerfachschule in Karlsruhe.

Die auf Anregung des Verbandes Badischer Maler- und Tünchermeister und des Verbandes der Maler (Sitz Hamburg) im vorigen Spätjahr errichtete Badische Landes-Malerfachschule hat Ostern ds. Js. ihren ersten Kurs beendet. Die Erwartungen, die auf die neue Fachschule gesetzt wurden, haben sich glänzend erfüllt. Mit voller Befriedigung darf auf das Ergebnis des ersten Kurses zurückgeblickt werden. Sämtliche Prüflinge, die sich in unmittelbarem Anschluß an den Kurs der Meisterprüfung unterzogen haben, haben diese mit bestem Erfolg bestanden. Die Ausstellung der angefertigten Arbeiten gab ein recht erfreuliches Bild über den Fleiß und die Leistungen der Fachschüler. Direktion und vorzügliche Lehrkräfte haben das erstrebenswerte Ziel klar vor Augen und setzen ihre ganze Kraft ein, der jungen Fachschule den ihr gebührenden Platz in der Reihe der Weiterbildungsstätten für die technische und künstlerische Ausbildung unseres Nachwuchses zu sichern.

Mit der Errichtung der Fachschule, die unter der Oberaufsicht des badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts steht, und von dieser Stelle sich einer weitgehenden Förderung erfreute, wurde einem dringenden Bedürfnis für unser Malergewerbe Rechnung getragen, zumal die früheren Winterkurse für Dekorationsmaler an der Karlsruher Kunstgewerbeschule bei ihrer Neuorganisation zur Landeskunstschule im Jahre 1920 in deren Lehrplan keine Aufnahme mehr fanden. Der nächste fünfmonatige Kurs beginnt am 2. Oktober ds. Js.

Schweres Autounglück.

t. **Eberbach**, 13. Juli. In der Nähe der badischen Grenze bei Ernstthal hat sich ein Autounglück dadurch ereignet, daß ein mit vier Personen aus Heilbronn besetztes Automobil an einer scharfen Kurve auf einen Kilometerstein fuhr, wodurch die Insassen herausgeschleudert wurden. Hierbei wurde der stellvertretende Direktor der Heilbronner Handels- und Gewerbebank, Karl Boeckler, auf der Stelle getötet. Die anderen Insassen, der Bankbeamte Erich Salzmann, der Buchdruckereibesitzer Karl Rembold (jun.) und der Fabrikant Anton Gabel erlitten schwere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen.

*

t. **Mannheim**, 13. Juli. Die Staatsanwaltschaft erläßt in der Angelegenheit des Bombenanschlags auf das Mannheimer Volkshaus ein neues Ausschreiben. Danach kommen als Täter zwei gut gekleidete Männer in hellen Staubmänteln mit Gürtel in Betracht, die kurz vor der Tat auf dem Planken spazieren gingen und sich längere Zeit beim Volkshaus aufhielten, vor dessen Fenstern sie horchten. Dabei befand sich noch eine dritte, etwas größere Person, die einen dunklen Mantel trug. Ferner kommen zwei Männer in Betracht, von denen der eine unter dem Ueberzieher ein Paket von etwa 60 Zentimeter Länge, 15 Zentimeter Breite und 10 Zentimeter Höhe trug. Dieser letztere hat ein schmales Gesicht, hellblondes Haar, stramme Haltung, bartlos, trägt hellen modernen Anzug. Ferner werden zwei junge Leute als verdächtig betrachtet, von denen der eine einen Lüsterrock trug. Diese beiden sollen unmittelbar nach der Explosion nach dem Neckar zugelaufen sein. — Gestern abend gegen 6 Uhr wurde der Lehrling einer Großhandlung in H 7 von einem Manne angefallen, der ihn mit der Faust niederzuschlagen versuchte und ihm ein Geldpaket mit 22 000 ℳ entriß. Der sofort verfolgte Täter, der in der Seilerstraße festgenommen werden konnte, ist der 37jährige verheiratete Matrose Paul Erbert aus Bernburg. Er wurde ins Gefängnis überführt.

t. **Heidelberg**, 13. Juli. Zum geschäftlichen Leiter der hiesigen Ortskrankenkasse ist der Landessekretär der Freien Gewerkschaften Badens, Landtagsabgeordneter Christian Stock, gewählt worden. (Sekretär Stock ist seit vielen Jahren im Gewerkschaftswesen tätig, war nach der Revolution einige Zeit Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium und wurde bei den letzten Wahlen in den Badischen Landtag gewählt.)

t. **Heidelberg**, 13. Juli. Ein Student hatte bei einer Leichensektion die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln außer Acht gelassen. Er infizierte sich mit Leichengift und starb eines qualvollen Todes.

t. **Neckargemünd**, 13. Juli. Infolge Baufälligkeit mußte hier ein Haus abgebrochen werden. Eine darin wohnende Familie konnte keine Unterkunft finden. Der Familienvater fuhr deshalb mit seinen Möbeln auf den Marktplatz, erbaute sich ein Zelt und brachte seine Familie darin unter, während er selbst mit einer Flinte im Arm sein Eigentum bewachte. Als am Spätnachmittag die Arbeiter nach Hause kamen und die luftige Behausung sahen, zogen etwa 200 vor die Wohnung des Bürgermeisters und forderten, daß er sofort für eine Wohnung sorge. Tatsächlich wurde es dann möglich, der Familie, die zuvor niemand hatte nehmen wollen, eine bessere Unterkunft zu verschaffen.

t. **Freiburg**, 13. Juli. Die diesjährige Generalversammlung des Badischen Musiklehrervereins war aus allen Teilen des Landes gut besucht. Zur Besoldungsrückstufung der Musik- und Zeichenlehrer wurde folgende Entschließung angenommen: „Der Badische Musiklehrerverein erblickt in der vom Reichsschiedsgericht verfügten Zurückstufung seiner Mitglieder eine ungerechtfertigte Zurücksetzung und schwere materielle Schädigung. Er erwartet von der Regierung, daß sie in dieser Angelegenheit die vom Badischen Landtag einstimmig gefaßten Beschlüsse mit allen Mitteln baldigst durchführt."

t. **Engen**, 13. Juli. Bei einer Besprechung zwischen den Vertretern der landw. Organisationen und den Verbraucherkreisen, der auch die Vertreter der Bedarfsstädte Singen, Konstanz, Karlsruhe, Heidelberg und Tuttlingen anwohnten, einigte man sich auf die Festsetzung eines Erzeugerpreises von 7,50 ℳ für Milch.

t. **Markdorf**, 13. Juli. 80 Jahre sind in diesen Tagen seit dem großen Brande im Jahre 1842 verflossen, dem der ganze innere Teil der Stadt mit 73 Wohngebäuden und 12 Stallungen und Scheunen zum Opfer fiel und 90 Familien obdachlos machte.

t. **Lörrach**, 13. Juli. Die Staatsanwaltschaft Lörrach ist einer großen Schmugglerorganisation, die seit dem Jahre 1919 Uhren und Uhrwerke von der Schweiz nach Deutschland geschmuggelt und dort abgesetzt hat, auf die Spur gekommen. In die Angelegenheit sind auch zwei deutsche Eisenbahnbeamte verwickelt. — Ein verwegener Einbruchsdiebstahl wurde in der an der Hauptverkehrsstraße gelegenen Photozentrale ausgeführt, indem die Diebe das Schaufenster eindrückten und verschiedene wertvolle Photographenapparate stahlen.

t. **Konstanz**, 13. Juli. Der Fremdenverkehr am Bodensee hat sich in den letzten Tagen lebhafter gestaltet, gegenüber dem Vorjahr macht sich aber doch ein Rückgang bemerkbar. Auch in den Hotels und Gasthäusern am See wirken sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse insofern aus, als die Fremden die Aufenthaltszeit auf das Notwendigste beschränken. — Unter der Führung des Majors Leonardi vom Reichsluftschiffamt Berlin ist zur Zeit wieder eine Ententekommission (ein Engländer und ein Japaner) in Friedrichshafen, um die dortigen Flugzeugbetriebe daraufhin zu prüfen, ob die Baubestimmungen eingehalten werden.

Aus Nachbarländern

= **Herrenalb**, 13. Juli. Die bisher erfolgreichen Gastspiele des Bad. Landestheaters werden am kommenden Sonntag mit einer Aufführung von Sudermanns „Johannisfeuer" wegen der inzwischen eingetretenen Ferien abgeschlossen. Die Kurdirektion beabsichtigt, die Karlsruher Künstler im Herbst zu weiteren Vorstellungen einzuladen, nachdem das künstlerische Ergebnis, verbunden mit steigendem finanziellem Erfolg, die Erwartungen restlos erfüllt hat. Am kommenden Montag veranstalten zwei Karlsruher Künstler, die Violinistin Elisabeth Neumann und die bekannte Klaviervirtuosin Elisabeth Moritz, ein Konzert im Kursaal. Während der Karlsruher Theaterferien wurden die Städt. Schauspiele aus Baden-Baden zu Gastspielen für Lustspiele und Operetten verpflichtet. Der Kurbetrieb hat in der letzten Woche kräftig eingesetzt.

Aus dem Stadtkreise

Karlsruher Herbstwoche. Der für Sonntag, den 1. Oktober, geplante „Pfälzisch-alemannische Sonntag" muß verschiedener Schwierigkeiten wegen auf Sonntag, den 24. September, verlegt werden. Die Dauer der Herbstwoche erstreckt sich nun vom 16. bis 24. September. Auf den 24. September fallen auch die Rennen des Karlsruher Reitervereins, der seine Mitwirkung auch beim „Pfälzisch-alemannischen Sonntag in Aussicht gestellt hat.

Kartoffelversorgung. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Schwierigkeiten der Kartoffelversorgung im vorigen Herbst und Winter, sowie im Frühjahr haben das Reichsernährungsministerium veranlaßt, schon jetzt Vorkehrungen zu treffen, um die Ursachen der im vergangenen Jahr aufgetretenen Mißstände zu beseitigen. Zu diesem Zweck wurde die Verordnung über den Handel mit Lebensmitteln und Futtermitteln vom 23. Mai erlassen. Jedermann, der den Handel mit Kartoffeln betreiben will, mit Ausnahme der Händler, die ausschließlich an Verbraucher absetzen, oder Kleinhandel im eigentlichen Sinne betreiben, für die Sonderbestimmungen bestehen, bedarf hierzu vom 1. August an einer besonderen Erlaubnis und zwar gleichgültig, ob er bisher schon die allgemeine Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln besessen hat oder erwirbt. Bei Erteilung der Erlaubnis ist nicht nur wie bisher die Zuverlässigkeit und Sachkunde des Antragstellers, sondern auch das volkswirtschaftliche Bedürfnis zu prüfen. Zuständig zur Verleihung der Handelserlaubnis ist in Baden die Landesversorgungsstelle in Karlsruhe. Die Anträge sind bei den Bezirksämtern einzureichen. Neben dieser neu eingeführten Kartoffelhandelserlaubnis ist die bisher bestehende Aufkäufererlaubnis für Kartoffeln beibehalten worden. Die ausgestellten Scheine müssen bis 1. August erneuert werden. Wer die Kartoffelhandelserlaubnis besitzt, bedarf der Aufkäufererlaubnis nicht. Um auch die Landwirtschaft an der Bekämpfung des wilden Händlertums zu beteiligen, muß jeder Landwirt, der Kartoffeln an Händler oder Aufkäufer abgibt, bei Vermeidung von Strafe sich durch Prüfung der Legitimation des Käufers davon überzeugen, ob der Käufer die erforderliche Handelserlaubnis besitzt.

Der Kohlenmangel. Die deutschen Kohlenverbraucher werden aufgefordert, sich im Hinblick auf den Förderrückgang im Ruhrgebiet und die Abtrennung Oberschlesiens neben Ersatzstoffen baldmöglichst mit ausländischen Kohlen einzudecken. Die für ausländische Kohlen leicht erreichbaren Gebiete werden weniger deutsche Kohlen erhalten.

Massenanmeldungen von Ferngesprächen. Zur Beseitigung der Mißstände, die infolge der Massenanmeldungen von Ferngesprächen herbeigeführt worden sind, treten hier vom 15. Juli ab folgende Einschränkungen in Kraft. Die Gesprächsanmeldungen nach den unten aufgeführten Orten und darüber hinaus werden nunmehr in der Weise beschränkt, daß für jeden Hauptanschluß eines Teilnehmers gleichzeit nicht mehr als 1 Anmeldung nach diesen Orten vorliegen darf. Bei Teilnehmern mit mehreren Hauptanschlüssen darf jedoch die Gesamtzahl der gleichzeitigen Anmeldungen nicht größer sein, als die nachstehend den Ortsnamen beigesetzten Zahlen angeben: Frankfurt (Main) 3, Köln 2 und Berlin 2. Anmeldungen, die die zulässige Zahl überschreiten, sind ungültig und werden unter Anrechnung der Streichungsgebühr ohne Benachrichtigung des Anmeldenden gestrichen. Die Einschränkungen werden aufgehoben werden, sobald es das Fortschreiten des Ausbaues des Fernleitungsnetzes, der nach Möglichkeit gefördert wird, zuläßt. Nähere Auskunft wird vom Telegraphenamt bei Anruf des Anschlusses N. 4088 erteilt. Gespräche, die während des Nachtdienstes (9 Uhr nachts bis 8 Uhr vormittags) angemeldet werden, werden künftig in der Nacht nur dann hergestellt, wenn der Teilnehmer dies bei der Aufgabe durch den Zusatz „Nachtgespräch" ausdrücklich verlangt. Andernfalls bleiben die Anmeldungen bis 8 Uhr vormittags liegen und werden dann in der Reihenfolge der Anmeldezeit erledigt.

Unfall. Mittwoch abend stürzte ein 13 Jahre alter Realschüler vor dem Hauptbahnhof von der hinteren Plattform eines Straßenbahnwagens nach rückwärts ab, als der Wagen anfuhr und schlug den Hinterkopf am Trittbrett auf. Er erlitt eine erhebliche Kopfverletzung. Auf der Polizeiwache am Hauptbahnhof mußte ihm ein Notverband angelegt werden.

Festgenommen wurden: Eine Ladnerin wegen Diebstahls, ein Monteur und ein Lehrer wegen unerlaubter Einreise.

Chronik der Vereine.

Der Militärverein hielt am Mittwoch seine ordentliche Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende gab bekannt, daß nach Lage der Verhältnisse von der Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins vorläufig Abstand genommen werden müsse, doch sollen die Vorbereitungen weiter geführt werden, da die Mittel des Vereins vornehmlich für Unterstützungszwecke bedürftiger Mitglieder wie auch deren Witwen Verwendung finden, wird demnächst bei den Mitgliedern eine Sammelliste zirkulieren, um einen Fonds für die Feier zu erhalten; auch verschiedene Firmen haben sich bereits mit Spenden für die Veranstaltung beteiligt. Die Monatsversammlungen sollen künftig erst um 9 Uhr beginnen. Bei musikalischen Vorträgen, gemeinsamen Gesängen und Einzelvorträgen, nahm die Monatsversammlung wieder einen unterhaltenden Verlauf. — n. —

Veranstaltungen.

Stadtgartenkonzerte. Anläßlich des 25jährigen Stiftungsfestes des hiesigen Musikvereins Harmonie stehen für kommenden Sonntag, den 16. d. M. für die Stadtgartenbesucher einige Ueberraschungen bevor. Am Vormittag spielt die Schülerkapelle das übliche Zuschlagsfreie Promenadenkonzert unter Leitung von Hauptlehrer Wölfle. Nachmittags von 4—7 Uhr konzertiert sodann die Harmoniekapelle in einem Festkonzert mit auserlesenem Programm unter Mitwirkung zweier auswärtiger, anerkannt guter Orchesterkörper, nämlich des Hanauer Musikvereins „Kehl" (in Originaltracht — Hanauer Land) und des Musikvereins Muggensturm. Sie werden in abwechselnder Reihenfolge vor dem Publikum konkurrieren. In einem Schluß-Tonstück werden alle drei Kapellen zusammen einen wirkungsvollen Ausklang des Nachmittags herbeiführen. Für den Abend (von 8—11 Uhr) ist gleichfalls ein Konzert der Harmoniekapelle vorgesehen, bei dem voraussichtlich die zwei auswärtigen Gastkapellen wieder mitwirken werden. Außerdem findet bei Einbruch der Dunkelheit eine bengalische Beleuchtung des Sees und der Anlagen statt, wodurch für die Gartenbesucher ein stimmungsvolles Bild geschaffen wird. Vorverkauf von Eintrittskarten beim Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania und Stadtgartenschalterkassen.

Operette im Städt. Konzerthaus. Auf die heute Freitag abend stattfindende Vorstellung „Alt Wien" für den Verein „Volksbühne" sei nochmals hingewiesen. An der Abendkasse sind Karten für das Publikum erhältlich. — Morgen Samstag gelangt zum ersten Male die Operettenneuheit „Apachen" von Ralph Benatzky zur Aufführung. Montag abend kommt für den Verein „Volksbühne" (O 1) „Das Glücksmädel" zur Wiedergabe.

Standesbuch-Auszüge.

Eheschließung. 13. Juli. Georg Maier von hier, Baumeister hier, mit Hertha Schäfer von hier.

Geburten. 9. Juli: Gustav Franz, Vater Gust. Werner, Polierer; Kurt Wilh. Leonhard, Vater Wilhelm Hayner, Posthilfsschaffner. — 10. Juli: Arnold, Vater Friedr. Stadtmüller, Postschaffner; Friedr. Wilhelm, Vater Wilh. Pfrommer, Fabrikant. — 11. Juli: Anna Elfriede, Vater Oskar Beckert, Versich.-Inspr. — 12. Juli: Anneliese Lina, Vater Max Lang, Glaser. — 13. Juli: Erwin, Vater Nikolaus Bender, Zollsekretär; Liselotte Wilhelma, Vater Wilh. Seitel, Fabrikarbeiter; Wilhelm Albert, Vater Wilh. Siegele, Schmied; Fridolin, Vater Bernh. Schuster, Schreiner.

Todesfälle. 12. Juli: Wilhelm Gehrung, alt 16 Jahre, Vater † Wilh. Gehrung, Kfm.; Martha, alt 1 Monat 4 Tage, Vater Wilh. Catoir, Masch.-Arb.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Freitag, 14. Juli 1922: 11 Uhr: Herpel, Friedrich, Privatmann von Bruchsal, Feuerbestattung. — 3 Uhr: Gehrung, Wilhelm, Gymnasiast, Herrenstr. 19, Feuerbestattung.

Gerichtssaal

t. **Heidelberg**, 13. Juli. In mehrtägiger Sitzung verhandelte das Schwurgericht gegen fünf noch im jugendlichen Alter stehende Burschen W. Pfeifer, Joseph Riedman, Hackermann, Eck und Sauerzapf wegen schweren Raubs. In zwei Nächten hatten sie jeweils mit einem Studenten einen Wortwechsel angefangen, der dann zu einer Rauferei führte, in deren Verlauf die Studenten ausgeplündert wurden. Nennenswerte Beträge fielen den Burschen dabei jedoch nicht in die Hände. Mittwoch nach Mitternacht wurde das Urteil gesprochen. Pfeifer wurde zu 3½ Jahren, Riedmann zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt, während die übrigen mit geringeren Gefängnisstrafen davonkamen.

Bunte Chronik

Großes Hagelunwetter in Marienbad. Infolge starken Hagelschlags ist das ganze Stadtgebiet überschwemmt. Das Wasser steht in den Kellern 1,5 Meter hoch. Der Unterbau der Straßen ist aufgerissen.

Explosion eines Pulvermagazins. Bei der Stadt Rzesow (Galizien) flog ein Pulvermagazin in die Luft. Die Stadt hat wenig gelitten, aber das Dorf Powitna ist vollständig zerstört. Die Zahl der Opfer, der Umfang des Schadens und die Ursache der Katastrophe konnte noch nicht festgestellt werden.

Die Cholera in Bukarest. In der Umgebung von Bukarest sind fünf Fälle von asiatischer Cholera festgestellt worden. Die Krankheit wurde offenbar von einem bessarabischen Soldaten eingeschleppt.

Das Eisenbahnunglück in Madrid. Man meldet aus Madrid, daß bei dem gemeldeten Eisenbahnunglück die Zahl der Toten 39 erreicht hat. An dem Aufkommen einiger Schwerverletzter wird gezweifelt.

Tagesanzeiger.

Freitag, den 14. Juli 1922.

Städt. Konzerthaus: „Alt Wien". Abends 7½ Uhr.
Stadtgarten: Sonderkonzert. Abends 8—11 Uhr.
Gesellschaft Eintracht: Generalversammlung. Abends 8½ Uhr im Gartensaal des Gesellschaftshauses.

Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Kukirol-Fußbad
Drogerie Boeß, Nelkenstraße 1; Dammert, Schützenstr. 82; Fischer, Karlstr. 74; Gebhard, Augartenstr. 24; Mannschott, Lenzstr.; Reis jun., Sofienstraße 128; Roth, Herrenstraße 26; Tscherning, Amalienstraße 19; Walz, Kurvenstraße 17 und Kaiserstraße 245.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 13. Juli (abends).

Belgien	3400	Schweiz	8500
Paris	3675	London	2000
Neuyork	448	Italien	—
Holland	17450		

Tendenz: fest.

Von den Börsenplätzen.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.,** 13. Juli. Wenn auch das Material, welches zum Verkauf stand, nicht so dringend war, so gab es doch Anlaß, daß die Börse den Verkehr in geschwächter Haltung eröffnete. Die Abwärtsbewegung setzte sich in gleichem Tempo fort. Die innerpolitische Unsicherheit, speziell über die Frage einer eventuellen Auflösung des Reichstages, vermehrte die Zurückhaltung des Publikums und der Spekulation. Die Kursbewegung der Devisen war sehr unsicher. Dollarnoten nannte man in Frühverkehr 398 Geld, 400 Brief. Sie zogen im Verlaufe bis 432 an, um dann wieder eine rückläufige Bewegung einzugehen 423, 415, 418 bis 421. Auslandswerte waren in der Hauptsache auf die Devisenbewegung unregelmäßig. Türkenwerte setzten schwächer ein. Fester waren eigentlich nur Ungarische Rente. Baltimore and Ohio matt 1360, Bagdad I 900 büßten 150 ein.

Im freien Verkehr hörte man ebenfalls zum ersten Kurs bei den meisten Papieren Notierungen unter dem gestrigen Schluß, so Benz 490, Brown Boveri 365, Dyckerhoff und Widmann 400. Man nannte ferner noch Gebrüder Fahr 580, Rastatter Waggon 625, Tiag 445, Deutsche Petroleum 2025—2075. Am Montanmarkt hielt die lustlose Haltung an. Das Geschäft hielt sich bei nachgebenden Kursen in engen Grenzen. Gedrückt waren Deutsch-Luxemburg, Mannesmann und Phönix. Caro eröffneten 635 ausschließlich Dividende, Oberbedarf 900 minus 25 Proz. Die Werte der chemischen Industrie wiesen niedrigere Kurse auf. Griesheim verloren 60 Proz., Höchster 23, Badische Anilin 30 Proz. Mäßige Rückkäufe stellten sich für Zellstoff Aschaffenburg ein plus 25 Proz. Wesentlich gedrückt sind Elektro-Papiere. Lahmayer 380 variabel minus 45 Proz. Auch Maschinenfabrikaktien Autowerte, Metall- und Zuckeraktien ermäßigten ihren Kursstand um 10—30 Proz., Eßlinger gaben 40 Proz. nach. 3½proz. Reichsanleihe fest 96, 3-prozentige Reichsanleihe unverändert mit 390. In Schiffahrtsaktien war die Kursbewegung bescheiden. Am Einheitsmarkt war wie auf den übrigen Gebieten eine unregelmäßige Tendenz zu erkennen. Fester Schuhfabrik Herz. Im weiteren Verlaufe trat eine teilweise Erholung ein. Hirsch Kupfer 725—750. Auch für Montanaktien hörte man bessere Kurse. Privatdiskont 5 Proz.

Berliner Börse.

w. **Berlin,** 13. Juli. Die Unsicherheit über den endgültigen Ausgang der Pariser Verhandlungen hinsichtlich der deutschen Stundung kommt in der starken Schwankung des Devisenmarktes zum Ausdruck. Vormittags setzte der Dollarkurs mit 405 ein, erholte sich auf 430 und schwankte zwischen 410—425. Dabei sind die Umsätze am Devisenmarkt bedeutend geringer geworden.

Auch am Effektenmarkt herrschte eine gewisse Unsicherheit vor, die wieder in einer uneinheitlichen Kursbildung zum Ausdruck kam. Es überwogen Rückgänge von 20—30 Proz. Vereinzelt waren auch Kurserholungen um 40 und 50 Prozent, bei Deutscher Kali um mehr als 100 Proz. zu verzeichnen. Für die gute Haltung der Montanwerte wirkte die Hoffnung, daß bei den Verhandlungen mit den Bergarbeitern des Ruhrkohlengebietes die erzielte Verständigung von den Arbeitern angenommen werden wird, so daß der drohende Streik damit vermieden werden kann. Die Umsätze nahmen auf keinem Gebiete größeren Umfang an. Veränderungen von Belang traten weiterhin auch nicht ein.

Spekulation hat sich in der Hauptsache auf ausländische Renten geworfen, von denen unter großen Umsätzen ungarische Bevorzugung fanden; auch polnische stiegen ganz erheblich. Türkische Papiere holten bei zunehmender Belebung des Geschäftes die anfänglichen Kursverluste ziemlich wieder ein. 3proz. Reichsanleihe verloren weiter 12 Prozent. Auch auf dem Markte der zu Einheitskursen gehandelten Industriepapiere ist mit überwiegend schwächerer Kursbildung zu rechnen.

Mannheimer Produktenbörse.

Mannheim, 13. Juli.

Der starke Sturz der ausländischen Zahlungsmittel brachte an der Produktenbörse eine recht matte Stimmung und die Käufer waren in ihren Operationen sehr vorsichtig. Es ist dies nicht verwunderlich, zumal die Bewegung auf den Devisenmärkten recht unsicher ist. Der Dollarkurs, der heute vormittag auf 400 stand, erreichte im Verlaufe des Vormittags mit 432½ seinen Höchststand, gab aber gegen Mittag wieder nach und notierte um 12 Uhr 420. Die Notiz für Gulden war um 12 Uhr 16 150 G., 16 300 Br., London 1840 G., 1865 B. und Frankreich 3460 G. und 3500 B. Die Preise, die am Produktenmarkte genannt wurden, lauteten gegen Mittag: Weizen 2300 Mk. und Roggen 1875 Mk. die 100 kg bahnfrei Mannheim. Wesentlich besser konnten sich die Preise für Gerste behaupten, da hierin nur ganz kleine Angebote vorliegen; für Sommergerste verlangte man 2350 und für Futtergerste 2100 Mk. bahnfrei Mannheim. Hafer lag schwächer und wurde mit 2000 Mk. genannt. Einen starken Preisrückgang erlitt selbstredend Mais; während dieser Artikel am Montag nachmittag 2050 Mark genannt wurde, hörte man heute Preise von 1750—1775 Mk. pro 100 kg bahnfrei Mannheim. Futterartikel lagen ruhig bei etwas ermäßigten Forderungen, die aber nicht so umfangreich herabgesetzt waren, wie bei Getreidemehl. Mehl hatte ruhigen Markt, die Mühlen haben ihre Forderungen um 100 Mk. herabgesetzt und verlangten heute 3425 Mark, während die zweite Hand zu 3000 Mk. die 100 kg ab süddeutschen Mühlenstationen am Markte war.

Amtliche Notierungen: Mais, amerik. 1725—1750, Weizen loco 2300, Hafer 2000—2050, Roggen, loco 1800, Biertreber 1200—1250, Kleie 1225, Wiesenheu 1350—1400, Preßstroh 600, gebundenes Stroh 500 bis 550, Reis 2600—3200. Tendenz: ruhig.

Allgäuer Butter- und Käsebörse.

t. **Kempten,** 13. Juli. Der für die vergangene Woche errechnete Gesamtdurchschnittspreis für ein Pfund ohne Verpackung ab Versandstation stellt sich für Butter auf 64,33 Mk. (in der Vorwoche 61,39 Mk.), für Weichkäse mit 20 Proz. Fettgehalt auf 39,75 Mk. (37,53 Mk.), für Allgäuer Rundkäse auf 48,63 Mk. (45,05 Mk.). Der Gesamtumsatz betrug in Butter 76 311 Pfund (Vorwoche: 84 280), in Weichkäse 348 172 Pfund (413 227) und in Rundkäse 142 832 Pfund (638 122). Marktlage: Unverändert.

Industrien / Handel / Verkehr.

Banken.

Die Bank von England hat den Diskont von 3½ auf 3 Proz. herabgesetzt.

Industrien.

Joseph Benz, Dampfsäge- und Hobelwerke, Holzgroßhandlung A.G., Löffingen. Die bisherige offene Handelsgesellschaft wurde in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 8 Millionen Mark Obligationen, die die Freiburger Gewerbebank dem jungen Unternehmen gewährte, umgewandelt.

Staatsbrauerei Rothaus (Amt Bonndorf). Dem Badischen Landtag ist eine Vorlage zugegangen, die demnächst zur Besprechung kommen wird und die eine Umwandlung der bisherigen Staatsbrauerei Rothaus in eine Aktiengesellschaft mit 2 Millionen Mark Kapital vorsieht. Sämtliche Aktien sollen vom badischen Staat übernommen werden. Die Staatsbrauerei war früher dem Domänenamt Bonndorf angegliedert und mußte 1920 infolge der gegebenen Verhältnisse in selbständiger Form unter Leitung eines kaufmännischen Direktors geführt werden. Die Leitung unterstand der Domänenabteilung des Finanzministeriums. Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erweist sich deshalb als notwendig, da die Brauerei, wenn sie für den Staat gewinnbringend arbeiten und mit den Privatbrauereien im Wettbewerb bleiben soll, im Privatbetriebe eine größere Bewegungsfreiheit zur Anpassung an die allgemeine Lage hat. Das Kapital von 2 Millionen Mark wird als ausreichend erachtet. Falls sich, wie dies infolge der heutigen Finanzlage leicht sich ergeben kann, eine vorübergehende Anleiheaufnahme als nötig erweist, wird der badische Staat aus der Staatskasse den nötigen Betrag vorschießen. Die Deckung soll dann nach Möglichkeit bei genügenden Einnahmen sofort wieder erfolgen. Die üblichen Soll- und Haben-Zinsen werden im Kontokorrentverkehr berechnet werden. Große Schwierigkeiten wird die Umwandlung, falls nicht Gründe politischer Natur geltend gemacht werden, kaum bereiten.

Robert Bosch A.G. in Stuttgart. Die Gesellschaft gibt 25 Millionen Mark Teilschuldverschreibungen heraus, die zu 5 Proz. verzinslich sind und ab 1. Juli 1925 zu 102 Proz. rückzahlbar sind. Die Schuldscheine sind auch bis zu diesem Termine unkündbar, während sie von da an durch Auslosung innerhalb 25 Jahren zu 102 Proz. getilgt werden. Die Verzinsung erfolgt halbjährlich und läuft von 1. Januar bis 1. Juli. Mit der Verzinsung der Schuldscheine, deren Einführung an der Stuttgarter Börse beabsichtigt ist, wird ab 1. Januar 1923 begonnen.

H. u. P. Sauermann A.G. in Kulmbach. In der Generalversammlung wurde die Bilanz des vergangenen Geschäftsjahres genehmigt und die Verteilung einer Dividende von 15 Proz. beschlossen.

Uracher Holzwarenfabrik A.G. in Urach. Die auf 22. Juli einberufene Generalversammlung wird über die von der Verwaltung vorgeschlagene Kapitalserhöhung um 3 Millionen Mark sowie über die Genehmigung eines Kaufvertrages zu beschließen haben.

Lewis Lepmann A.G. in Feuerbach. Die bisherige offene Handelsgesellschaft Bettfedernfabrik Lewis Lepmann zu Feuerbach wurde mit einem Grundkapital von 2,5 Millionen Mark in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Thodesche Papierfabrik A.G. in Hainsberg. Der noch einzuberufenden Generalversammlung wird von der Verwaltung eine Kapitalserhöhung um bis zu 18,5 Millionen Mark Stamm- und um bis zu 1,5 Millionen Mark Vorzugsaktien auf insgesamt 45 Millionen Mark in Vorschlag gebracht. Die Gesellschaft, welche im vergangenen Geschäftsjahre eine Dividende von 10 Proz. zur Verteilung bringen konnte, verfügt im laufenden Geschäftsjahr über einen so reichlichen Auftragbestand, daß mit einer erheblichen Erhöhung der Dividende für dieses Jahr gerechnet werden kann.

Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Nürnberg. Die Gesellschaft beruft auf 28. Juli eine Generalversammlung ein, die über eine Kapitalserhöhung um 2 Millionen Mark kummulative mit mehrfachem Stimmrecht ausgestattete Inhabervorzugsaktien sowie über die vorgeschlagene Gleichstellung der bisherigen 0,878 Millionen Mark Vorzugsaktien mit den bisherigen 31,122 Millionen Mark Stammaktien zu beschließen haben wird.

Großkraftwerk Franken A.G. in Nürnberg. Die Gesellschaft, die dem Schuckert-Konzern angehört, erzielte einen Reingewinn von 817 403 (374 516) Mk. Die auf 21. Juli einberufene Generalversammlung wird über die Verteilung von 8 Proz. in Vorschlag gebrachte Dividenden zu beschließen haben. Das Geschäftsjahr 1921 war laut Geschäftsbericht durch den Mangel einer genügend großen Stromerzeugungsanlage sehr ungünstig beeinflußt. Eine immer weitergehende Strompreiserhöhung bedingt sich aus den steigenden Unkosten an Betriebsmitteln, Löhnen und Gehältern. Ueber die Aussichten des laufenden Jahres kann noch nichts vorausgesagt werden.

Bayerische A.-G. für Landwirtschaft und landwirtschaftliche chemische Fabriken in Neufeld. Die Generalversammlung am 10. ds. Mts. genehmigte einstimmig den bereits mitgeteilten Abschluß für das vergangene Geschäftsjahr und beschloß, eine Dividende von 30 % zur Verteilung gelangen zu lassen. Neu in den Aufsichtsrat wurden Oberregierungsrat von Malaise und Dr. Siegmund von Haller gewählt. Nach längerer Debatte zog die Verwaltung ihren Antrag auf Schaffung neuer zu 115 % einer Treuhändergruppe zu begebender Vorzugsaktien zu 6 % mit zehnfachem Stimmrecht zurück.

Delag, Deutsche Luftschiff-A.-G. in Frankfurt a. M. Die am 10. ds. Mts. abgehaltene Generalversammlung genehmigte einstimmig die Bilanz des vergangenen Geschäftsjahres und wählte Dr. Georg Solmsen neu in den Aufsichtsrat.

Ebinger Trikotwarenfabrik A.G. in Ebingen. Die auf 4. August einberufene 1. ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft wird neben der Bilanz und Gewinnverteilung für das Vorjahr auch noch über eine Kapitalserhöhung von 7,5 auf 13 Millionen Mark durch Ausgabe von 5000 Stück Inhaber-, Stamm- und 500 Stück Inhabervorzugsaktien zu je 1000 Mk. zu beschließen haben. Ueber die geplante Aktienausgabe sind noch keine näheren Vorschläge gemacht worden. Ueber die sich aus der Kapitalserhöhung ergebende Notwendigkeit einer Aenderung der Satzungen soll ebenfalls beraten werden.

Cela-Film-Gesellschaft m. b. H. in Berlin, Zweigniederlassung Mannheim. Die Zweigniederlassung in Mannheim wurde aufgehoben.

Märkte.

Wochenmarktpreise der wichtigsten Lebensmittel in Karlsruhe (nach Mitteilung des Städt. Statistischen Amts) am 13. Juli 1922. Ochsenfleisch mit Knochen 50—61,40 Mk., Rindfleisch mit Knochen 44—56 Mk., Kalbfleisch mit Knochen 58—66 Mk., Kuhfleisch mit Knochen 42—46 Mk., Hammelfleisch mit Knochen 52—60 Mk., Schweinefleisch mit Knochen 78—88 Mk., Kabeljau 16—20 Mk., Schellfische 14—18 Mk., Blumenkohl 15—18 Mk., Bohnen, grüne 8—9 Mk., Rüben, gelbe 4—6 Mk., Kohlrabi 4 Mk., Erbsen, grüne 8 Mk., jeweils per Pfund, Kopfsalat per Stück 0,80—2,50 Mk., Rettich per Stück 0,50 bis 3 Mk., Gurken per Stück 0,30—25 Mk., Zwiebeln 8—10 Mk., Kirschen 7—14,50 Mk., Heidelbeeren 14—16 Mk., Himbeeren 25 Mk., Johannisbeeren 9—11 Mk., Stachelbeeren 11 Mk., Haselnüsse 32—40 Mk., jeweils per Pfund, Orangen per Stück 8—15 Mk., Zitronen per Stück 3—8 Mk., Eier, frische per Stück 7.50—8 Mk., Tafelbutter 85 116 Mk., Schweizerkäse 80—92 Mk., Rahmkäse 52 Mk., Limburgerkäse 52—56 Mk., jeweils per Pfund, Handkäse per Stück 2—2.50.

Messen.

Die Abteilung Hauswirtschaft auf den Frankfurter Internationalen Messen. Das Bestreben des Meßamts Frankfurt a. M., alle Abteilungen der Messe in einer großen abgeschlossenen Gesamtanlage zusammenzufassen, hat wiederum bedeutende Fortschritte gemacht. Zur Herbstmesse vom 8. bis 14. Oktober dieses Jahres wird auch die Abteilung Hauswirtschaft, die bisher in der Städt. Gewerbeschule untergebracht war, in die eigentliche Messestadt einbezogen. Für sie ist eine neue sehr geräumige Halle errichtet worden, und zwar in unmittelbarer Nähe des „Hauses der Technik" und der Westhalle C, in der Bürobedarf, Verpakkungsmaterialien usw. zu finden sind. Die Abteilung Hauswirtschaft umfaßt die Ausstellungsgruppen: Metallwaren (Solinger Stahlwaren, elektrotechnische Schwachstromartikel), Haus- und Küchengeräte, Glas-, Porzellan- und Steingutwaren, Bürsten, Besen, Pinsel, Korbwaren und Korbmöbel. Die Einrichtung der Abteilung für Hauswirtschaft ist übersichtlich angeordnet und sieht einen zwangsläufigen Rundgang vor. Alle Anfragen in Messeangelegenheiten werden durch das Meßamt Frankfurt a. M., Haus Offenbach, beantwortet.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	12. Juli	13. Juli
Badische Bank	559.—	541.—
Darmstädter Bank	290.—	287.—
Deutsche Bank	500.50	500.—
Diskonto Commandit	396.—	393.—
Dresdener Bank	398.—	255.—
Mitteld. Creditbank	251.—	251.—
Oesterr. Länderbank	71.30	62.—
Pfälzische Bank	51.—	50.—
Rheinische Creditbank	238.—	250.—
Südd. Diskonto-Ges.	300.—	300.—
Wiener Bankverein	60.—	48.—
Württbg. Notenbank	—.—	572.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	—.—	—.—
Gelsenkirchen	1200.	1176.
Harpener	2070.	2125.
Laurahütte	2940.	2080.
Aschaff. Zellstoff	800.—	825.—
Grün & Bilfinger	630.—	612.—
Zementw. Heidelberg	770.—	750.—
Bad. Anilin	825.—	795.—
Scheideanstalt	1025.	1010.
Höchster Farben	790.—	709.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	385.—	370.—
Gebr. Junghans	485.—	480.—
Adler & Oppenheimer	1400.	1450.
B. Masch. Badenia	600.—	675.—
Maschfabr. Durlach	841.—	751.—
Maschfabr. Gritzner	1360.	1430.
Haid & Neu	800.—	800.—
Maschfabr. Karlsruhe	832.—	800.—
Oberursel	645.—	605.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	400.—	450.—
Elsässer Baumwolle	933.—	—.—
Spinnerei Ettlingen	1400.	1390.
Uhrenfabr. Furtwang.	—.—	901.—
Waggon-Fabrik Fuchs	630.—	638.—
Zellstoff Waldhof	690.—	710.—
Zuckerfabr. Waghäusel	700.—	730.—
Zuckerfabr. Frankenth.	695.—	700.—
Benz Motoren	525.—	480.—
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	691 ex	675.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	12. Juli	13. Juli
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	—.—	—.—
5% III „ „	100.60	100.75
4½ IV—V „	87.25	87.25
4½ VI—IX „	73.60	73.50
4½ 1924er „	94.75	94.75
5% Deutsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% „ „	120.75	120.—
3½% „ „	95.—	95.—
3% „ „	200.—	189.—
Deutsche Prämienanl.	86.—	79.80
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ 1922	99.60	99.50
4% Preußische Konsols	80.75	80.30
3½% „ „	68.25	68.—
3% „ „	80.—	79.50
4% Bad. Staatsanl. 08/14	73.—	74.25
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	465.—	459.50
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	—.—	1355.
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	1560.	1560.
Deutsch-Australien	506.—	510.—
Hamburger Paketfahrt	450.—	444.—
Hambg.-Südamerika	751.—	746.—
Hansa D.-Schiffahrt	351.—	351.—
Norddeutscher Lloyd	325.—	311.—
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	510.—	515.—
Darmstädter Bank	289.—	288.—
Deutsche Bank	500.—	499.—
Diskonto-Commandit	397.—	396.—
Dresdener Bank	301.—	298.—
Nationalbank	292.—	291.—
Oesterr. Credit	66.25	60.⅜
Reichsbank	213.—	210.—

Industrie-Papiere	12. Juli	13. Juli
Accumulatoren	1100.	1095.
Adlerwerke	461.—	460.50
Alexanderwerke	474.—	455.—
A. E. G.	790.—	760.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1610.	1603.
Augsburg-Nürnberg	930.—	900.—
Badische Anilin	840.—	805.—
Bergmann Elektrizität	570.—	570.—
Berl. Anh. Maschinen	580.—	560.—
Berliner Maschinen	1037.	1020.
Bing Nürnberg	525.—	515.25
Bismarckhütte	—.—	—.—
Bochumer Guß	1240.	1180.
Gebrüder Böhler	—.—	1375.
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	679.—	662.50
Chem. Grießheim	830.—	820.—
Chem. Albert	1599.	1540.
Daimler Motoren	425.—	430.—
Dessauer Gas	590.—	560.—
Deutsch-Luxemburg	1100.	1080.
D. Eisenbahn S. W.	525.—	520.—
Deutsch Erdöl	2625.	2550.
Deutsches Kali	1900.	1939.
Deutsche Waffen	1475.	1450.
Deutsch Eisenh.	584.—	579.—
Dynamit Trust	710.—	691.—
Elberfelder Farben	735.—	708.—
Eschweil. Bergwerke	660.—	895.—
Feldmühle Papier	600.—	610.—
Felten & Guilleaume	910.—	835.—
Filter Brautechnik	1800.	1800.
Gaggenau	850.—	805.—
Gasmotoren Deutz	755.—	765.—
Gelsenkirchen	1180.	1141.
Genschow	579.—	576.—
Goldschmidt	835.—	840.—
Gritzner Maschinen	1455.	1431.
Hannover Maschinen	3325.	3325.
Hannover Waggon	—.—	680.—
Harpener	2160.	2060.
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	765.—	775.—
Höchster Farben	700.—	695.—
Hösch Eisen	1206.	1230.

	12. Juli	13. Juli
Hohenlohe	751.—	743.—
Kali Aschersleben	1070.	1080.
Maschfabr. Karlsruhe	820.—	810.—
Ver. Köln.-Rottweil	885.—	850.—
Kostheimer Cellulose	725.—	730.—
Kyffhäuser	—.—	405.—
Lahmeyer Co.	402.—	401.—
Laurahütte	2050.	2105.
Lindes Eismaschinen	660.—	715.—
Ludwig Löwe	960.—	970.—
Lothringer Zement	731.—	736.—
Mannesmann	1075.	1050.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	934⅞	901.—
Oberschl. Eisenindustr.	652.—	645.—
Oberschl. Kokswerke	1550.	1510.
Orenstein & Koppel	1083.	1030.
Phönix Bergwerke	1230.	1201.
Rheinisch Metall	430.—	454.25
Rheinisch Stahl	1055.	1051.
Rombacher Hütte	558.—	550.—
Rütgerswerke	700.—	675.—
Sachsenwerke	520.—	500.—
Schuckert & Co.	705.—	684.—
Siemens & Halske	1040.	1050.
Sinner Brauerei	620.—	642.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1445.	1450.
Stollberger Zink	1160.	1150.
Türkischer Tabak	8000.	—.—
Varziner Papier	748.—	770.—
Vereinigt. D. Nikel	1252.	1295.
Vereinigt. Glanzstoff	2400.	2360.
Vereinigt. Stahl Zypen	3950.	3900.
Wanderer Fahrrad	1451.	1451.
Westeregeln Alkali	1375.	1425.
Zellstoff Waldhof	725.—	750.—
Otavi Minen	—.—	—.—
Otavi Genuß	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	2137.	2175.
Pomona	—.—	11000.
Kollmar & Jourdan	1200.	1200.
Hacketal Draht	—.—	—.—
Lothringer Hütten	870.—	870.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 13. Juli.

	12. Juli Geld	12. Juli Brief	13. Juli Geld	13. Juli Brief
Antwerpen-Brüssel	3508.90	3516.10	3321.60	3328.40
Holland	17482.51	17517.50	16620.8	16644.2
London	2010.40	2014.60	1918.—	1922.—
Paris	3661.30	3668.70	3556.40	3563.60
Schweiz	8703.70	8721.30	8261.70	8278.30
Spanien	7082.90	7097.10	6783.20	6796.80
Italien	2030.40	2034.60	1978.—	1982.—
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	9640.30	9659.70	9390.60	9409.40
Norwegen	7292.70	7307.30	7167.80	7182.20
Schweden	11513.40	11536.60	11401.	11424.
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	447.—	448.—	436.25	437.25
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.88	1.92	1.58	1.62
Budapest	35.33½	35.41½	33.71	33.79
Prag	1048.90	1051.10	924.—	926.—

w. Berlin, 13. Juli.

	12. Juli Geld	12. Juli Brief	13. Juli Geld	13. Juli Brief
Rotterd.-Amsterd.	17178.50	17221.5	16529.30	16570.7
Brüssel	3488.10	3496.90	3425.70	3434.30
Christiania	7390.75	7409.25	7016.20	7033.80
Kopenhagen	9563.—	9587.—	9313.30	9336.70
Stockholm	11485.60	11514.4	11136.—	11214.
Helsingfors	996.75	999.25	858.90	861.10
Italien	2027.45	2032.50	1985.—	1990.—
London	1977.50	1982.50	1935.05	1939.95
Newyork	446.94	448.06	439.45	440.55
Paris	3640.40	3649.60	3615.45	3624.55
Schweiz	8589.25	8610.75	8439.40	8460.60
Spanien	6921.30	6938.70	6826.45	6843.55
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.88	1.92	1.55½	1.59½
Prag	1023.70	1026.30	868.90	871.10
Budapest	34.95	35.05	33.95	34.05
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	284.60	285.40	269.65	270.35
Buenos-Aires	159.55	159.95	156.80	157.20
Japan	213.50	214.50	—.—	—.—
Rio de Janeiro	60.67	60.83	—.—	—.—

Abenddevisen.

Frankfurt, 13. Juli.

Brüssel	3400	Paris	3675
Holland	17450	Italien	—
London	2000	Neuyork	448
Schweiz	8500		

Tendenz: fest.

w. Zürich, 13. Juli.

	12. Juli	13. Juli
Holland	202.25	202.70
Deutschland	1.11	1.25
Wien	0.02½	0.02
Prag	12.50	11.—
Paris	42.10	43.10
London	23.16	23.19
Italien	23.46	23.60
Brüssel	40.—	41.20
Budapest	0.37	0.40
Newyork	522.—	522.50
Agram	1.56	1.55
Warschau	0.09	0.09½
Kopenhagen	112.25	112.50
Stockholm	134.50	135.—
Christiania	85.50	85.50
Madrid	81.30	81.30
Buenos-Aires	186.50	186.50
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	a) vorbörsl.	b) nachbörsl.
Holland	156—175	165—180
Schweiz	77—86	8150—8900
Paris	3350—3700	3500—3800
Belgien	3100—3500	3350—3600
London	1790—1980	1885—2060
Neuyork	400—450	425—465
Italien	1930—2050	1990—2100
	Tendenz: schwankend.	Tendenz: schwankend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg